

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1950-1950 1950**

7 (9.1.1950)



# UNSER TAG

Aus dem Inhalt:

- Protest gegen Demontage-Stop-Prozess
- Der Presseterror in Argentinien
- Japans Volk kämpft für den Frieden
- Sport vom Sonntag

Verlag: Südwest-Verlag GmbH, Offenbach, Friedrichstr. 36, Fern-Trägerlohn. Bei Postzustellung DM. 2,05, zuz. DM. — 54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Städt. Sparkasse Mhm., Kto.-Nr. 227, Postsparkasse Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste. 3. Anzeigen werden entgegengenommen in allen Vertriebsstellen.

Volkszeitung für Baden

Verlag: Südwest-Verlag GmbH, Offenbach, Schließfach 361 Fernruf Nr. 2207. Redaktion: Freiburg, Vaubanstr. 12. Fernruf Nr. 2249. Chefredakteur: Hermann Jerrtrup. Vertriebsstellen: Rastatt, Kaiserstr. 1. Offenburg, Friedrichstr. 30. Konstanz, Hussenstr. 49. Lörrach, Feldbergstr. 7. Freiburg, Vaubanstr. 12.

Jahrgang 5 / Nr. 7

Montag, 9. Januar 1950

Preis 15 Pf.

## Mächtige Kundgebungen der KPD im Rhein- und Ruhrgebiet

Internationaler Kampf gegen Krieg und Versklavung — Zum ersten Male nach zwanzig Jahren sprachen berufene Vertreter der Arbeiterklassen Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Schwedens zum deutschen Volk — Max Reimann: Die Ruhr ist deutsch und muß das industrielle Herz einer gesamtdeutschen demokratischen Republik sein

Düsseldorf. (E.B.) Als die Vertreter der Arbeiterklasse Frankreichs, Belgiens, der Niederlande und Schwedens, Pierre Islan, Rene Duspy, Jan Haaken, Sven Johannson und Hermann Matern, kurz vor der Eröffnung der ersten internationalen Kundgebung der KPD die Tribüne betraten, brach die 15 000-köpfige Menge in stürmische Begrüßungsrufe aus. Während die Menge die Marsallasse anstimmte, wurden rote Fahnen in der überfüllten Rheinbahnhalle und blaue Wimpel auf der Tribüne geschwenkt. „Es leben unsere Brüder in Frankreich! Es lebe Max Reimann! Es leben unsere Brüder in aller Welt!“, riefen die Werktätigen aus Düsseldorf und Umgebung, die am Jahrestag der Verkündung des Ruhrstatuts, am Jahrestag der Verurteilung Max Reimanns, der Nein zur Versklavung des deutschen Volkes gesagt hatte, gemeinsam mit ihren ausländischen Brüdern gegen das Ruhrstatut und Westdeutschlands Remilitarisierung zu protestieren. Wir sind nicht allein in diesem schweren Kampf! Diese Gewißheit erhielt jeder einzelne der 15 000, die Schulter an Schulter in der großen Rheinbahnhalle bis zur Straße und den gegenüberliegenden Häuserblöcken standen. Die Internationale brauste aus der Menge auf. Auf der Tribüne wurde sie auf französisch, holländisch und schwedisch gesungen, als Max Reimann, ständiger von Beifall unterbrochen, die Kundgebung mit dem Gelöbniß schloß: „Auf dieser mächtigen Kundgebung, die anlässlich der einjährigen Verkündung des Ruhrstatuts stattfindet, erklären wir: Die Ruhr ist deutsch und muß das industrielle Herz einer gesamtdeutschen demokratischen Republik sein. Das Ruhrgebiet, als unerlöschlicher Bestandteil einer gesamtdeutschen, friedliebenden, demokratischen Republik garantiert allen Völkern, daß ihnen niemals mehr droht, Opfer eines imperialistischen Angriffes von deutschem Boden aus zu werden, und daß die Industrie des Ruhrgebietes nur dem Frieden dient.“

Als der erste Vorsitzende der KPD nach diesen Worten vom Rednerpult trat, drückten ihm die Vertreter der Arbeiterklasse Frankreichs, Deutschlands, Hollands und Schwedens spontan die Hand.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens hatte, da es ihr leider unmöglich war, einen Vertreter zur internationalen Kundgebung zu senden, den Werktätigen an Rhein und Ruhr einen flammenden Gruß entsandt, der wiederum unter Hochrufen und Fahnenherschwenken verlesen wurde. In der Botschaft heißt es: „Eure Kundgebung wird zur Verstärkung des Kampfes der deutschen werktätigen Massen für Frieden, Einheit, nationale Unabhängigkeit und für die Verteidigung der Lebensinteressen unter der Führung der Kommunistischen Partei Westdeutschlands beitragen. Es lebe die KPD, es lebe ihr hervorragender Führer Max Reimann, es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem britischen Volk. Gezeichnet: Harry Pollitt, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Großbritannien.“

Beifall brauste auf, als Pierre Islan, Mitglied des ZK der stärksten Partei Frankreichs, der ruhmreichen kommunistischen Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gedachten. Im Namen der kommunistischen Partei Frankreichs begrüßte er die Bruderpartei Westdeutschlands.

„Wir führen einen gemeinsamen Kampf gegen dieselben Feinde und gegen dieselbe Gefahr, gegen den Krieg, gegen die Not.“ Den Märtyrern der deutschen Arbeiterklasse, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stellte er die französischen Helden Pierre Somero und Gabriel Perri an die Seite, die vom imperialistischen Frankreich verfolgt und von Hitler hingerichtet wurden. Er

Wimpel für die friedliebende Jugend ihrer Länder als Symbol der Völkerfreundschaft überreicht. Gemeinsam mit den deutschen Jugendlichen schwenkten sie die Fahnen in der allgemeinen Begeisterung.

Rene Duspy, Vorsitzender der kommunistischen Fraktion im belgischen Parlament während des Krieges als Häftling im KZ Buchenwald erlernt hat, stellte unter Beifallsstürmen fest, daß er sein Leben der Solidarität der deutschen KZ-Häftlinge verdanke. Nie wieder dürfe die deutsche Ruhr-

industrie zur Waffenschmiede werden. Er forderte die deutschen Werktätigen auf, gemeinsam mit den holländischen Arbeitern und Werktätigen, die einen heldenhaften Kampf gegen die indonesische koloniale Unterdrückung führen, einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Der jugendliche Sven Johannson Vertreter der schwedischen Kommunistischen Partei, unterstrich die Bedeutung der Ruhr, die in den Händen des deutschen Volkes eine riesige Werkstätte für den Wohlstand Deutschlands werden muß und nicht der Vernichtung in den Händen des amerikanischen Monopolkapitals dienen darf. Die Vertreter der kleinen Völker, sagte er, wollen sehen wie sich die beiden Riesen, der Russe und der Deutsche, in unzerrüttlicher Freundschaft zum Wohle des Friedens und der Freiheit auch der kleinen Völker umarmen.

Fortsetzung auf Seite 2

## Unter dem Druck ausländischer Konkurrenz Deutsche Seifenfabriken müssen Produktion einstellen

Gelsenkirchen. (Eig. Ber.) Infolge der wachsenden Konkurrenz des ausländischen Unilever-Konzerns war die Seifenfabrik F. R. Schmidt in Gelsenkirchen, die zur Gruppe der Drei-Ring-Werke gehörte, mit Ablauf des Jahres 1949 gezwungen, ihre Produktion einzustellen und die gesamte Belegschaft zu entlassen. Eine weitere Fabrik der Drei-Ring-Werke in Bonn mußte

ebenfalls aus demselben Grunde ihre Pforten schließen.

Mit den unter dem Druck ausländischer Konkurrenz erzwungenen Betriebschließungen wird offenkundig, so erklärt man in Wirtschaftskreisen, daß mit dem Verbot der synthetischen Fettsäureproduktion die westdeutsche Seifenindustrie ausgeschaltet werden soll. Es sei den westlichen Besatzungsmächten wohlbekannt, so wird betont, daß es deutschen Fabriken unmöglich ist, die Seifenproduktion bei den überhöhten Preisen für importierte Fettsäure aufrechtzuerhalten.

## Schärfere Maßnahmen angekündigt

Hannover. Die Erhöhung der Treibstoffpreise in den Westzonen bedroht die Existenzgrundlage von mehr als 650 000 Arbeitern und Angestellten der Betriebe des Kraftverkehrsgewerbes, stellte ein Gewerkschaftsvertreter auf einer Protestkundgebung in Hannover fest. Die Teilnehmer der Kundgebung, die von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr einberufen war, forderten von den Bonner Instanzen, die Erhöhung der Treibstoffpreise sofort rückgängig zu machen. Für den Fall, daß die Bonner Separatregierung auf der Erhöhung beharrt, wurden schärfere Maßnahmen angekündigt, um die Forderung der Kraftverkehrsbetriebe durchzusetzen.

## Bundesregierung wünscht Zensur

Auch in Bonn ein „Anti-Schund- und Schmutzgesetz“

Bonn. (E. B.) Wie Ministerialdirektor Dr. Lüders vom Innenministerium mitteilte, bereitet die Bundesregierung ein Gesetzentwurf gegen die sogenannte Schund- und Schmutzliteratur vor. Sie will damit der „Gefährdung der Jugend begegnen“.

In Wirklichkeit handelt es sich bei dieser Absicht um einen Vorstoß der katholischen Kirchenkreise, die gegen jede freiheitliche Regierung ankämpfen und erst vor kurzem durch das Kölner erzbischöfliche Generalvikariat einen Sündenkalender veröffentlicht haben und von der Staatsregierung sofortiges Einschreiten verlangten.

Die reaktionäre Bundesregierung ist nur allzu gern diesem Wink gefolgt und hat be-

## Daimler-Benz muß zahlen

Die Arbeiter erleiden durch ihren Streik keinen Lohnausfall

Mannheim. (E. B.) Der erfolgreiche Streik der Daimler-Benz-Arbeiter, der die Direktoren zwang, das in einem Betriebsabkommen festgelegte Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte einzuhalten, ist durch die Bereitschaft der Direktion, den entstandenen Lohnausfall zu zahlen, endgültig beigelegt.

Am ersten Tag wurde zwischen den Vertretern der Daimler-Benz-Belegschaft, dem Metallarbeiterverband und der Gegenseite keine Einigung erzielt. Die Verhandlungen wurden dann in Stuttgart mit der Generaldirektion und dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie Württemberg-Baden weitergeführt. Sie endeten mit dem Ergebnis, daß die am Streik beteiligten Arbeiter ihren vollen Lohn für die Streikzeit gezahlt bekommen.

## Ihr sollt mehr zahlen

Bonn. (Eig. Ber.) Die Mietpreisbildung für Neubauwohnungen soll ab 1. Januar 1950 freigegeben werden. Dies sieht eine Verordnung des Bundeswirtschaftsministeriums vor, die Mitte Januar erlassen werden soll. Damit nehmen die Pläne konkrete Gestalt an, die der Wohnungsbauminister der Bonner Separatregierung, Wildermuth, vor einigen Wochen der Öffentlichkeit übergeben hat. Trotz der Ablehnung der Gewerkschaften soll damit der erste Schritt zur Erhöhung der Mieten getan werden. Noch spricht man zwar von einer Grenze von 170 Proz. der Mieten von 1936, die nicht überschritten werden dürfen. Aber da Minister Wildermuth das Privatkapital zum Wohnungsbau „anzureizen“ will, wird es dabei nicht bleiben, wenn nicht die werktätige Bevölkerung noch lauter und entschiedener als bisher sich gegen die volksfeindlichen Pläne der Adenauer-Regierung zur Wehr setzt. Weiter ist beabsichtigt, die Bewirtschaftung des Wohnraums noch in diesem Jahre aufzuheben. Auf diese Weise wird die Möglichkeit geschaffen, Mieter auf die Straße zu setzen, wenn sie die geforderten Wuchermieten nicht bezahlen können. Das ist die „Ordnung“, in der Adenauer alle wirtschaftlichen Fragen lösen will. Kann er im Ernst annehmen, daß sich so schwere wirtschaftliche Kämpfe vermeiden lassen?

## Und nun das Telefon

Bonn, 5. Jan. Aus Kreisen der westdeutschen Postverwaltung verlautet, daß mit einer neuen Erhöhung der Fernsprechgeldern im Gebiet des Bonner Separatstaates zu rechnen ist. Man erklärt, daß die Postverwaltung trotz der bereits durchgeführten ersten Erhöhung der Fernsprechgeldern um rund 30 Prozent nicht mehr in der Lage ist, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

## Das ist ihre Beamtenfreundlichkeit

Abgeordneter Renner (KPD) setzt sich für die Forderungen ein

Bonn. (Eigenbericht.) „Das ist ihre sogenannte Beamtenfreundlichkeit“, sagte der Abgeordnete Renner (KPD) im Haushaltsausschuß des Bundestages, nachdem Bundesfinanzminister Dr. Schäffer (CDU) beantragt hatte, den einstimmig gefaßten Beschluß des Beamtenrechtsausschusses zu revidieren. Dori war auf Grund eines KPD-Antrages beschlossen worden, ab 1. Januar 1950 die sechsprozentige Kürzung der Beamtgehälter aufzuheben.

Dr. Schäffer schlug vor, diese Frage mit der Neuregelung des gesamten Beamtenrechts zu verbinden. Mit der Vorlage eines entsprechenden Gesetzes ist aber im ersten halben Jahr nicht zu rechnen. Nach den Ausführungen des Bundesfinanzministers komme die Durchführung des KPD-Antrages in der Hauptsache den Ruhestandsbeamten und ihren Angehörigen sowie den Hinterbliebenen zugute. Der Beschluß würde einen jährlichen Mehraufwand von 70 Millionen D-Mark verursachen. Doch, um diesen Betrag ging es Dr. Schäffer nicht, denn so sagte er ausdrücklich: „Es handelt sich nicht so sehr um die finanzielle Seite der Sache.“ Dr.

Schäffer verlangte vom Haushaltsausschuß, zu prüfen, ob die für die Beamtenschaft bedingten, nicht ruhegehaltfähigen Zuwendungen für die Beamtenschaft bei einer Aufhebung der sechsprozentigen Kürzung in Anrechnung gebracht werden sollen.

Um seine Forderungen schmackhaft zu machen, wies Dr. Schäffer auf die Not der Flüchtlingsbeamten hin, die durch die Schuld der hinter der Bonner Separatregierung stehenden Kreise heute noch ohne feste Stellung sind. Er fand dabei die Unterstützung der CDU-Abgeordneten Würmeling und Bausch. Letzterer nannte die Ausführungen Dr. Schäffers sehr konstruktiv und sprach ganz unverhüllt davon, daß das kommende Beamtenrecht den Beamten schwere Opfer auferlegen werde.

Einzig der Abgeordnete Renner (KPD) setzte sich für die Forderung der Beamtenvereinigungen ein, die noch bis in die letzten Tage allen Fraktionen zugesandt worden war. Er wies die Vorschläge Dr. Schäffers schärfstens zurück und forderte die Zustimmung zum Beschluß des Beamtenrechtsausschusses. Heute decken die Gehälter der unteren und mittleren Beamten, so sagte er, nur rund 50 Proz. der Lebenshaltungskosten. Das Grundgesetz gebe dem Minister die Möglichkeit, auf die Länderfinanzen zurückzugreifen, um den Wünschen der Beamten Rechnung zu tragen. Dabei brauchten den Ländern keine Mehraufwendungen zu entstehen, da es jetzt die Kriegsfolgekosten finanziert, für deren Regelung der Bund zuständig sei. Die Mehrheit des Ausschusses dachte nicht mehr an ihre Reden und Artikel über die Unterstützung der Rechte der Beamten und ging einer Beschlussfassung aus dem Wege.

## Das Ruhrgebiet ist deutsch und wird deutsch bleiben!

Kampfesgruß des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an die werktätige Bevölkerung des Ruhrgebietes

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat seit ihrer Gründung auf dem Vereinigungskongreß der KPD und SPD, Ostern 1946, wiederholt feierlich erklärt: Das Ruhrgebiet ist das Herz Deutschlands und niemals wird es unser Volk dulden, daß es aus dem deutschen Volkskörper herausgerissen wird.

Die anglo-amerikanischen Imperialisten haben mit dem vor einem Jahr diktierten Ruhrstatut den Versuch gewagt, dieses industrielle Herz Deutschlands vollständig von der deutschen Wirtschaft loszulösen, und es zur Basis ihrer nationalen Unterdrückung und ihrer Kriegsvorbereitung gegen den Osten auszubauen. Diese Imperialisten konnten so handeln, weil sie in den Adenauer, Blücher und Schumacher deutsche Politiker und Parteiführer fanden, die ihre Hand zu diesem Treiben hielten. Ohne Befragung und gegen den Protest der werktätigen Massen, hat die Adenauer-Regierung die Zustimmung und die Teilnahme an der Ruhrbehörde beschlossen. So ist das Ruhrgebiet, in den Händen der Verantwortlichen für zwei Weltkriege unter der Führung des amerikanischen Imperialismus, erneut zur ernstesten Gefahr für den Frieden

und die Sicherheit Deutschlands und aller Völker Europas geworden.

Im Namen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der starken und führenden Kraft in der Deutschen Demokratischen Republik, erklären wir:

Niemals wird das deutsche Volk die Lösung des Ruhrgebietes und die Abspaltung und Kolonisierung Westdeutschlands anerkennen. Alle patriotischen Kräfte in unserem deutschen Vaterlande müssen sich in der nationalen Front für Frieden und für die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands zusammenschließen und geschlossen den Kampf führen, bis die Ziele des nationalen Befreiungskampfes erreicht sind: Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, Abzug der Besatzungsmächte und Schaffung einer einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Republik.

In diesem seinem Kampfe wird das deutsche Volk, wie es Generalissimus Stalin in seiner Grußbotschaft am 13. Oktober 1949 an die Deutsche Demokratische, friedliebende Republik unterstrich, der Unterstützung aller freiheitlichen Völker, insbeson-

dere der Hilfe der mächtigen Sowjetunion sicher sein.

In diesem Geiste des nationalen Zusammenhaltens aller freiheitlichen und friedliebenden Deutschen, und im Geiste der internationalen Solidarität mit den um den Frieden, die Sicherheit und die Unabhängigkeit ihrer Länder kämpfenden Nachbarvölkern, nimmt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ihren Anteil an den internationalen Solidaritätskundgebungen und entbietet der Ruhrbevölkerung ihre brüderlichen Kampfesgrüße.

Es lebe der solidarische Kampf der Völker Europas gegen die imperialistischen Kriegstreiber!

Es lebe die 5.-V-jetunion, der mächtige Hort des Friedens!

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik, die ihre erste Aufgabe des Kampfes für ein friedliches, demokratisches, einheitliches und unabhängiges Deutschland erfüllt wird!

Das Ruhrgebiet ist deutsch und wird deutsch bleiben!

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands  
Wilhelm Pieck Otto Grotewohl

## Im Streiflicht gesehen

33 Menschen hinter Gittern lebend verbrannt

Davenport (Iowa). Schreiende Frauen rüttelten hilflos an den vergitterten Fenstern einer brennenden amerikanischen Irrenanstalt in Davenport, um sich vor den stürmischen Flammen in Sicherheit zu bringen, als am Sonntagabend in der Abteilung für Gemütskranke des Krankenhauses ein Großfeuer ausgebrochen war. Bis zur Nacht wurden 33 Leichen geborgen. Von den 68 Insassen wurden 37 mit Verletzungen geborgen, darunter die drei einzigen männlichen Patienten der Nervenheilanstalt. Die Löscharbeiten wurden durch den Sturm und starke Kälte behindert. Neben Feuerwehrmännern bemühten sich Schwestern und freiwillige Helfer, die Patienten aus ihren verschlossenen, mit Eisenstäben gesicherten Zellen zu befreien. Augenzeugen der Katastrophe berichten von grauerregenden Szenen, die sich ihnen durch die vergitterten Fenster darboten. Schreiend stürzten die Irren immer wieder gegen die Eisenstäbe, um ins Freie zu gelangen. Teilweise konnte die Feuerwehr die Gitter mit Aexten beseitigen. Eine Frau, die bei der Bergung der Unglücklichen half, kam dabei ums Leben. (Nach Reuters.)

Helsinki. Vier Männer und vier Frauen im Alter von über 70 Jahren fanden bei dem Brand eines Altersheimes in Ostfinland den Tod. Zahlreiche weitere Personen wurden schwer verletzt oder erlitten durch die außergewöhnlich starke Kälte — etwa minus 30 Grad — Erfrierungen. Der Brand wurde durch einen Kurzschluss verursacht. (Nach afp.)

Kälte verursacht Explosion eines Oeltanks

Stockholm. In der schwedischen Stadt Sundsvall explodierte in der Nacht ein Oeltank mit 4 Millionen Liter Inhalt. Menschenleben kamen nicht zu Schaden. Die Explosion wurde nach Ansicht von Sach-

verständigen durch die überaus starke Kälte verursacht, die zu einer Überhöhung des Gasdrucks in dem Behälter geführt habe.

Gewalttätigkeit — wegen verlegtem Gebiß

Paris. Eine 56jährige Französin, wurde von einem Pariser Gericht zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie ihren um 5 Jahre älteren Jugendfreund mit einem Bügelstein k.o. geschlagen hatte. Sie hatte ihn beschuldigt, ihr Gebiß gestohlen zu haben. Später jedoch fand sie ihre Zähne in einem Wasserglas. (Nach Reuters.)

Scheidung wegen „äußerster Grausamkeit“

Paterson (New Jersey). Eine Amerikanerin in Paterson (New Jersey) reichte Scheidungsklage ein, weil ihr Mann um 4 Uhr morgens nach Hause gekommen war und sie dadurch geweckt hatte, daß er ihr vier tote Kaninchen in Bett legte. Das Gericht sprach die Scheidung wegen „äußerster Grausamkeit“ des Ehegatten aus. (N. Reuter.)

Der Sarg blieb unverletzt

Malland. Ein unerwartetes Ende nahm eine Trauerfeier im engsten Familienkreise in Malland. Als sich zehn Personen im ersten Stock eines schon baufälligen Hauses zum Gebet um einen Sarg versammelt hatten, brach der Fußboden durch und riß Betende, Sarg und den Toten in die Tiefe. Zwei Frauen wurden schwer verletzt. Der Sarg blieb unbeschädigt. (Nach Reuters.)

Sommerliche Wärme in New York

New York. In New York herrschte am Donnerstag eine sommerliche Wärme von 22 Grad Celsius. Kalifornien dagegen, das für sein mildes Klima bekannt ist, wird gegenwärtig von einer Kälteperiode heimgesucht, die in Obstplantagen bereits beträchtlichen Schaden angerichtet hat. (n. afp.)



### Adenauers neueste Verbeugung

Und wir müssen dafür zahlen

Was wird die Folge der neuesten tiefen Verbeugung der Regierung Adenauer vor den Hohen Kommissaren auf dem Petersberg bei Bonn sein? Wir meinen ihr Angebot, den Inlandskohlenpreis um 30 Pfennig je Tonne zu erhöhen und dafür den Exportkohlenpreis um 2,18 DM je Tonne herabzusetzen. Die Hohen Kommissare haben Adenauers Vorschlag angenommen. Nur von Seiten des Beauftragten der französischen Regierung sollen noch einige kleinere Bedenken geltend gemacht worden sein, wie gemeldet wird.

Möglich, daß die Adenauer und Erhard uns das eben zustandegekommene Abkommen als einen Erfolg ihrer Regierungstätigkeit darstellen werden. Denn die Sachverständigen der Westmächte hatten ja die gänzliche Beseitigung der Spanne zwischen dem Inlands- und dem Auslandspreis für die deutsche Kohle verlangt, die 8,- DM je Tonne betrug, und nun um 2,48 DM je Tonne auf 5,52 DM verringert wird. Der Exportpreis für deutsche Kohle war aber erst im Oktober des vergangenen Jahres entsprechend der Abwertung der D-Mark auf Dollarbasis herabgesetzt worden. Schließlich war die Preispolitik für den deutschen Kohlenexport seit 1945 von den westlichen Besatzungsmächten bestimmt worden, und die Ausfuhrerlöse lagen stets um einen mehr oder minder hohen Prozentsatz unter dem Weltmarktstand, wie die „Deutsche Zeitung“, Stuttgart, erst kürzlich noch berichtete. Was aber die Spanne zwischen Inlands- und Exportpreis der Kohle angeht, so ist sie, in England zum Beispiel absolut und relativ höher als in Westdeutschland.

Welches ist der Zweck der Uebung, an der die Herren Adenauer, Erhard und so weiter nur gar zu bereitwillig teilnehmen? Das ist leicht zu erkennen. Die deutsche Fertigwarenindustrie soll in ihrer Konkurrenzfähigkeit getroffen werden, vor allen Dingen auf dem Weltmarkt.

Wenn der Inlandskohlenpreis erhöht wird, dann bedeutet das automatisch die Erhöhung aller übrigen Warenpreise, weil ja zur Herstellung fast aller übrigen Waren in irgend einer Form Kohlen gebraucht werden. Eine Verschlechterung der Lebenshaltung breiter Massen der Bevölkerung, insbesondere der am schlechtesten Entlohn-ten und der Rentempfänger verschiedenster Art, in jedem Falle der Ärmsten der Armen, ist eine weitere Folge. Die Massen können weniger kaufen, und die Produktion deutscher Waren für den Verbrauch im eigenen Land geht also zurück. Obendrein haben Adenauers Behörden mit Wirkung vom 1. Januar 1950 ab die Frachtsätze um 12 1/2 Prozent erhöht. Aber nur für die Deutschen. Ausländische Importeure sind von dieser Verteuerung ausdrücklich befreit.

Aber wie ist es auf den Auslandsmärkten! Gibt es da vielleicht einen Ausgleich für die Verluste auf dem Inlandsmarkt? Das gerade Gegenteil ist der Fall. Sind die deutschen Waren teurer als bisher, steigen die deutschen Waren im Preise, dann vermindern sich die Absatzmöglichkeiten für sie; die billigere ausländische Konkurrenz wird bevorzugt. Nun aber wird der Ausfuhrpreis der Kohle in der durch die Regierung Adenauer angebotenen Höhe gesenkt. Das heißt, die Industriellen in den Ländern, in die Westdeutschland durch das Ruhrstatut gezwungen ist, Kohle zu exportieren, werden in den Stand gesetzt, billiger zu produzieren als bisher. Mit den höheren Preisen, die wir für die in unserem Lande geförderte Kohle zahlen müssen, finanzieren wir demnach die Ausfuhr anderer Länder, finanzieren wir die Konkurrenten der deutschen Fertigwaren-Fabrikanten auf dem Weltmarkt. Aus doppeltem Grunde also müssen sich die Chancen des Absatzes von deutscher Fertigware im Auslande vermindern. Herr Adenauer hat es so vorgeschlagen; die Hohen Kommissare haben zugestimmt.

Wenn in einer Meldung davon die Rede ist, daß die Vertreter der französischen Regierung Bedenken geltend gemacht haben mit Bezug auf die Neufestsetzung der deutschen Kohlenpreise, wenn ihnen also der Inlandspreis noch nicht hoch genug und der Exportpreis noch nicht niedrig genug ist, so hat das noch eine besondere Bedeutung. Gerade aus Frankreich kommen Klagen darüber, daß infolge des Marshallplanes, infolge des Hereinströmens amerikanischer Waren nach Frankreich und nach anderen Gebieten, die bislang zu den Absatzmärkten Frankreichs gehörten, die Möglichkeit für die Entfaltung der französischen Industrie immer mehr eingeengt werden. Auf unsere Kosten also wird offenbar Frankreich eine bescheidene Entschädigung dafür gegeben.

Adenauers neueste Vorschläge an die Hohen Kommissare auf dem Petersberg bei Bonn, eben die, von denen hier die Rede ist, unterstreichen den kolonialen Charakter der Wirtschaft in Westdeutschland. Drosselung der Fertigwarenindustrie und Begünstigung der Ausfuhr von industriellen Rohstoffen durch die Preisgestaltung, gestützt auf Ruhrstatut und Besatzungsstatut, die beide von der Adenauer-Regierung anerkannt und gutgeheißen sind. Drosselung des innerdeutschen Preisniveaus und durch die Abschneidung der Auslandsmärkte für deutsche Waren und durch die Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit von Industrien anderer Länder durch dieselbe Maßnahme, sowie durch die Verbilligung des ihnen zugeführten Rohstoffs.

Was muß dies alles zur Folge haben? Weitere Arbeitslosigkeit, weitere Not, weiteres Elend in Deutschland. Parallel dazu läuft die Fortsetzung der Demontage deutscher lebenswichtiger Industrien. Und zu allem sagen die Adenauer, Erhard, Blücher und Co. letzten Endes Ja und Amen. Adenauer betreibt obendrein die Propaganda für Westdeutschlands Remilitarisierung durch seine Bereitschaft zur Aufstellung eines deutschen Kontingents in einer europäischen Armee, in der, wie sich versteht, Amerika das oberste Kommando führen würde. Die Aktionseinheit der Ar-

## Protestiert gegen Demontagestop-Prozeß

Journalistenverband gegen Bedrohung der Pressefreiheit — Hamburger Rechtsanwälte für breite Protestbewegung

Watenstedt - Salzgitter. (E.B.) „Aufrechte Patrioten werden die acht Angeklagten im Demontagestop-Prozeß in Hunderten von Zuschriften, Protestresolutionen und Sympathieerklärungen genannt. Aus allen Teilen Deutschlands gehen von Vorständen der Industriegewerkschaften, von Massenorganisationen, Einwohnerversammlungen, bekannten Persönlichkeiten, Proteste und Spenden ein. Hamburger Rechtsanwälte, Betriebe aus West- und Ostdeutschland, Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik verlangen die Niederschlagung des Prozesses und die Beendigung der Demontagen.“

Der Kreisvorsitzende der KPD in Watenstedt-Salzgitter, Zeisler, wies am Montag alle Gerüchte über Sabotageabsichten seiner Partei an den Demontageplänen für die Reichswerke zurück. Die KPD lehnt Terrormaßnahmen auch gegen die Demonteur grundsätzlich ab, weil dies anarchistische Methoden sind.

Das Verteidigungskomitee im Demontageprozeß gegen acht Arbeiterfunktionäre teilt mit, daß täglich Hunderte von Briefen, Telegrammen und Protestschreiben aus ganz Deutschland eingingen. U. a. faßte der

Rat der Stadt Emden einstimmig eine Entschließung in der zum Ausdruck gebracht wird, daß der Demontagestop-Prozeß gegen acht ehrliche Deutsche eine schwere Gefahr für die demokratische Entwicklung Deutschlands darstellt.

Der Verband der Journalisten in Niedersachsen hat mitgeteilt, daß er sich in einem offiziellen Schreiben an den Landeskommissar für Niedersachsen wenden will, um ihm mitzuteilen, daß das Gesetz Nr. 5 der Hohen Kommissare zu einer Bedrohung der Pressefreiheit werden könne. Den an-

geklagten Mitgliedern des Verbandes müsse eine materielle Unterstützung zur Verteidigung zur Verfügung gestellt werden.

Die „Hamburger Volkszeitung“ veröffentlichte die Stellungnahme von mehreren Hamburger Rechtsanwälten zum Demontageprozeß und brachte anschließend ein Interview des Chefredakteurs der Deutschen Presseagentur (dpa), Sängler, der zugleich Vorsitzender des beratenden Ausschusses in Hamburg ist:

Frage: Wir haben mit verschiedenen Hamburger Rechtsanwälten gesprochen, die bestätigen, daß dieser Fall einmalig ist in der Geschichte der deutschen Rechtsprechung. Sie betonen, daß es Sache der deutschen Verleger ist, ihr Recht zu wahren, da es sonst möglich wäre, daß kurz über lang ein anderer unter ihnen in einen derartigen Prozeß verwickelt werden kann. Wie vertritt sich nun eine solche Behinderung der Presse, wie sie in dem Prozeß offensichtlich wird, mit ihren Anschauungen über Pressefreiheit und der notwendigen Rechtssicherheit im Pressewesen?

Antwort: Ich bin der Auffassung, daß unter keinen Umständen ein Verleger dafür verantwortlich gemacht werden kann, was seine Redakteure in der Zeitung schreiben. Entweder, meine ich, haben die Journalisten im Rahmen der Grundgesetze, die ihnen der Verleger beim Engagement gibt, selbständige geistige Arbeit zu leisten und diese auch zu verantworten, oder es besteht die Gefahr, daß der Verleger laufend in die redaktionelle Arbeit hineinredet. Wenn das letzten Endes möglich sein sollte, scheint dafür zu sprechen, daß eine Pressefreiheit nicht mehr gegeben. Ich bin der Auffassung, daß Lehmann gerade in seiner Eigenschaft als Abgeordneter nicht zur Rechenschaft gezogen werden darf. Wenn er schon die Verantwortung tragen soll, dann muß man ihm zugute halten, daß er als Abgeordneter in diesem Falle die Interessen der arbeitenden Menschen in Watenstedt-Salzgitter wahrnehmen wollte. Es ist sehr unglücklich, ihn dafür zur Rechenschaft ziehen zu wollen.

Frage: Halten Sie es nicht für notwendig, schon jetzt ganz klar gegen die Gefahr, die damit allen Pressen droht, in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen?

Antwort: Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich eine breite Front aller an der Freiheit der Presse interessierten Menschen, Journalisten, Verleger, Redakteure, aber auch der Leser, bilden würde, die gegen jeden Versuch Stellung nimmt, die Unabhängigkeit und das freie Wort in der Presse zu beeinträchtigen.

### Der Presseterror in Argentinien

Nach amerikanischem Vorbild — Protestierende Bürger angeklagt

Buenos Aires. (Eigenbericht) Das von dem Ausschuss zur Untersuchung „unargentinischer Betätigung“ ausgesprochene Verbot von sechs fortschrittlichen Zeitungen und Zeitschriften hat in der demokratischen Öffentlichkeit zahlreiche Proteste hervorgerufen.

So haben die Anwaltskammern von Tucuman, der zweitgrößten Stadt Argentiniens, und der Verband der fortschrittlichen Jugend in Buenos Aires in Telegrammen an den Ausschuss gegen das Verbot des Organs der Kommunistischen Partei „La Hora“ und der Wochenzeitschrift „La Orientacion“ protestiert.

Der Vorsitzende des Ausschusses hat darauf den Generalstaatsanwalt ersucht, ein Verfahren gegen die Anwaltskammer von Tucuman einzuleiten. Die Polizeibehörde von Buenos Aires wurde angewiesen, das Büro der Jugendorganisation zu überwachen und vor dem Gebäude einen Posten aufzustellen.

### Wieder Gangsterstreik gegen Gewerkschaften in USA

Detroit. Ein Wächter, der im vergangenen Monat eine Dynamitladung im Zentralsekretariat der amerikanischen Automobilarbeiter-Gewerkschaft entdeckt hatte, wurde am Freitagmorgen von zwei unbekannten Männern in einem Kraftwagen entführt. Die Entführung ist der fünfte verbrecherische Anschlag, der innerhalb von zwanzig Monaten gegen die Gewerkschaft und ihre Funktionäre verübt wurde. (Nach Reuter)

### Hafenarbeiter streiken in Sydney

Sydney. (dpa) Die Umschlagfähigkeit des Hafens von Sydney, in dem gegenwärtig 51 in- und ausländische Schiffe liegen, kam am Freitag durch den Streik von 6000 Dockarbeitern zum Erliegen. Die Dockarbeiter sind aus Protest gegen die Anheuerung von gewerkschaftlich nicht organisierten Sanitätspersonal auf Hochseeschiffen in den Ausstand getreten. Der von der kommunistisch beeinflussten Hafenarbeitergewerkschaft ausgetragene Streik droht, sich auf andere Häfen auszudehnen. (Nach Reuter)

### Norwegen anerkennt Pekinger Regierung

Oslø. Die norwegische Regierung hat am Freitag beschlossen, die Regierung der Volksrepublik China anzuerkennen. Der norwegische Generalkonsul in Shanghai wurde beauftragt, dem chinesischen Außenministerium mitzuteilen, daß Norwegen zur Entsendung eines diplomatischen Vertreters nach Peking bereit ist. (Nach ntb)

### Finnische Regierung ohne Vertrauen

Helsinki. (Eig. Ber.) Aus Anlaß der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen hat das Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei

Finnlands die Wertschätzung aufgerufen, ihre Stimmen auf den Kandidaten der Volksdemokratischen Union, den ehemaligen Ministerpräsidenten Pekkala, zu vereinigen.

Dieser bietet als einziger die Garantie dafür, daß wirkungsvolle Maßnahmen gegen das Anwachsen der Reaktion ergriffen werden. Das Zentral-Komitee stellt in dem Aufruf fest, daß infolge der kapitalistenfreundlichen Politik der sozialdemokratischen Regierung Fagerholm die Produktion sowie der Lebensstandard der Werktätigen ständig sinken, die Arbeitslosigkeit zunimmt, die Beziehungen zur Sowjetunion sich verschlechtern und der Faschismus wieder sein Haupt erheben darf. Die sowjetische Note über den geduldeten Aufenthalt von 300 Kriegsverbrechern sowjetischer Nationalität in Finnland hat zur Erschütterung des Vertrauens gegenüber Fagerholm beigetragen.

### Erste Erfolge in Finnland

Helsinki. (ap) Die finnische Regierung gab am Donnerstag ihre Zustimmung zu einer 7,5prozentigen allgemeinen Lohnerhöhung.

Der Beschluß wurde in einer Plenarsitzung des Kabinetts gefaßt und ist die Antwort auf die Forderung des Gewerkschaftsverbandes nach einer zehnprozentigen Lohnerhöhung.

## Über eine Million Gemütskranke in USA

Wie der amerikanische Gesundheitsdienst mitteilt, haben sich im vergangenen Jahr über 1 Mill. Amerikaner wegen Gemütskrankheiten in ärztliche Pflege begeben. Jeder zehnte Amerikaner benötigt mindestens einmal in seinem Leben eine psychiatrische Behandlung und jeder zwanzigste müsse in ein psychiatrisches Krankenhaus oder Sanatorium gehen. Amtliche Statistiken beweisen, daß die Zahl der Gemütskranken in den USA zunehme. Wie die „New York Herald Tribune“ vom 4. Januar meldet, betrachten die Aerzte und die Regierung das Anwachsen dieser Krankheiten aber nicht als einen Beweis dafür, daß die USA „verrückter“ werden.

### 300 000 Arbeitslose in Kanada

Die beiden großen kanadischen Gewerkschaftsorganisationen beschwerten sich bei ihrer Regierung darüber, daß diese der Öffentlichkeit die Statistiken über die Arbeitslosigkeit vorenthalte. Die Zahl der Arbeitslosen in Kanada sei auf 300 000 angewachsen und betrage damit mehr als 6 Prozent der arbeitenden Bevölkerung.

### Lynch-Justiz in USA

Wie ein amtlicher amerikanischer Bericht feststellt, wurde im Süden der USA in drei

Fällen im Jahre 1949 erwiesenermaßen Lynch-Justiz geübt. Die wirkliche Zahl der Lynch-Morde liegt aber höher. Die amerikanische Gesellschaft zur Wahrung der Rechte der Farbigen stellte in ihrem Jahresbericht fest, daß die Lynch-Justiz im Jahre 1949 „beträchtlich zugenommen“ hat.

### Gefängnis für Heimkehrer-schwinder

Saarbrücken. Zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilte die Saarbrücker Strafkammer einen saarländischen Hilfsarbeiter, der sich unberechtigt als entlassener Kriegsgefangener ausgegeben hatte.

Der Verurteilte, der einer anderen Strafe entgehen wollte, war vom Saarland illegal nach Frankreich-Ober gereist und hatte sich dort in ein sowjetisches Kriegsgefangenenlager geschmuggelt. Es gelang ihm, mit vorschrittlichen Papieren als Kriegsgefangener entlassen zu werden. Der Heimkehrer reiste ins Saarland zurück, ließ sich ein Unterstützungsgeld von 10 000 Franc auszahlen und eine dreiwöchige Erholungskur in Bad Rillingen verschreiben. Dort erschwand er sich als Heimkehrer noch andere Geldspenden.

## Asien im Kampf um seine Unabhängigkeit

### II. Marionettenspiel in Indonesien

Das von 70 Millionen Menschen bewohnte Indonesien ist eines der Gebiete Asiens, das für die amerikanischen, holländischen und britischen Imperialisten eine ganz besondere große Bedeutung hat. Abgesehen von seiner strategischen Stellung als Schutzwall vor Indien, ist es vor allem wirtschaftlich ungeheuer reich. Vor dem zweiten Weltkrieg betrug die Weltproduktion dieses Gebietes 98 Prozent bei Chinin, 37,8 Prozent bei Kautschuk, 30 Prozent bei Kopal, 44,5 Prozent bei Palmöl, 16,5 Prozent bei Tee und 88 Prozent bei Pfeffer. Es ist daher nur allzuverständlich, daß die Kolonialherren ein gemeinsames Interesse haben, mit allen Mitteln zu verhindern, daß diese Schätze in die Hand des Volkes fallen, dem sie gehören.

Dem schärfsten und grausamsten Terror zum Trotz ist es in vier Jahren nicht gelungen, das seit dem Kampf um die Befreiung von den japanischen Imperialisten stark gewordene Nationalbewußtsein niederzukämpfen. Im Gegenteil, seit die Kunde von der Befreiung Chinas nach Indonesien drang, hat die Volksbefreiungsbewegung sich ungeheuer verstärkt.

Da sich die Völker Indonesiens mit alten Kolonialmethoden nicht mehr auf die Knie zwingen lassen, werden neue Methoden an ihnen ausprobiert. Unter amerikanischer

Einwirkung willigte die holländische Regierung ein, die „Unabhängigkeit“ von Indonesien zu proklamieren. Diese „Unabhängigkeit“ sieht in der Praxis so aus, daß willkürlich 16 von feudalen Sultanen herrschende Staaten und Städtchen gebildet und in einer „niederländisch-indonesischen Union“ zusammengefaßt wurden, an deren Spitze die Königin von Holland steht, die nach wie vor die außenpolitischen Interessen dieser, wie es so schön heißt, „selbstständig gewordenen Kolonie“ vertritt.

Ein weiteres Kennzeichen dieser „Lösung“ der indonesischen Frage, der die offiziöse Zeitung des französischen Außenministeriums „Le Monde“ schon am 28. 12. 1949 die Bezeichnung „fast ausschließlich das Werk Washingtons“ gab, ist, daß von den Völkern Indonesiens verlangt wird, 4,5 Milliarden Gulden Kriegsschulden an Holland zu bezahlen, und dies obwohl die UN im letzten Jahr gegen die Bombardierung indonesischer Städte durch holländische Flugzeuge an Weihnachten 1948 Stellung nahm. Um sich ein wirkliches Bild von dieser von der westlichen Presse so angepriesenen „Unabhängigkeit“ zu machen, braucht man nur noch hinzuzufügen, daß die holländischen Truppen nicht abgezogen wurden, sondern nur versprochen wurde, sie „langsam zurückzuziehen“, daß die holländischen Besitzungen außerhalb der indonesischen Gesetzgebung blieben und daß der indonesischen „Regierung“ von der „liberalen“ britischen Zeitung „Manchester Guardian“ vom 28. 12. 1949 bescheinigt wurde, sie habe „einige weise Schritte beim Aufbau ihrer Verwaltung unternommen“, als sie sich dafür entschied, holländische Beamte und Polizeioffiziere zu übernehmen. Doch auch die USA sind bei der von ihnen angeregten „Lösung“ nicht zu kurz gekommen. Nachdem es die amerikanischen Erd-

öl-Truists verstanden, sich der Erdölquellen auf Borneo und Sumatra zu bemächtigen und Hunderte von Bohrtürmen und Dutzende von Erdölraffinerien zu errichten, nachdem die USA-Monopole Kautschukplantagen mit einer Gesamtfläche von mehr als 1 Million ACRE in Besitz nahmen, nachdem sie die früher der holländischen Gesellschaft Dutch Tin Co. gehörenden Zinn-Vorkommen übernommen und das Monopolrecht auf den Abbau der Nickel- und Chromvorkommen von Celebes erwarben, ist es kein Wunder mehr, daß von 2,5 Milliarden Dollar Auslandsinvestitionen bereits 1 Milliarde amerikanisch ist. Das Blatt der schweizerischen Hochfinanz, die „Neue Züricher Zeitung“, hat daher recht, wenn es am 29. 12. 1949 zu der Feststellung kommt, daß „auf jeden Fall die frühere Vorrangstellung Hollands dahingegangen ist.“

Die „Regierung“, die auf amerikanische Empfehlung eingesetzt wurde, beweist im übrigen noch deutlicher, um was für eine Art von Unabhängigkeit es sich bei den „Vereinigten Staaten von Indonesien“ handelt. „Staatschef“ ist derselbe Soekarno, den der holländische Informationsdienst vor vier Jahren — in „Le Monde“ vom 29. 12. 1949 steht es nachzulesen — als „den Vertrauensmann der Japaner“ bezeichnete, der gemeinsam mit dem heutigen „Ministerpräsidenten“ Hatta „den Ministerpräsidenten des Kaisers von Japan respektvoll grüßte“ und der noch 1944 seinen Willen kundtat, „für Japan zu leben und auch für Japan zu sterben, falls es besiegt werden sollte.“ Diese Äußerung hielt aber weder die holländischen, noch die amerikanischen Imperialisten davon ab, Soekarno und Hatta der indonesischen Bevölkerung als ihre Führer zu präsentieren. Da der Einfluß der beiden aber selbst bei den rückständigen Schichten der Bevölkerung zurückging, ver-

### Mächtige Kundgebung

Fortsetzung von Seite 1

Hermann Matern, Vizepräsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik rief aus: „Fort mit dem Ruhr- und Besatzungsstatut, Abzug aller Besatzungstruppen. Schaffen wir die nationale Front aller Deutschen, die guten Willens sind, dann wird das einige, demokratische und friedliche Deutschland erstehen, auf daß die Sonne schön wie nie über Deutschland scheine!“

Die Versammelten stimmten spontan die Hymne des einigen Deutschlands an. „Alle Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint.“

Max Reimann erklärte in seiner Rede: „Anläßlich der Verkündung des Ruhrstatuts hatte ich im vergangenen Jahr in Düsseldorf erklärt, daß derjenige deutsche Politiker, der bereit ist, unter den Bedingungen des Ruhrstatuts eine separate westdeutsche Regierung zu bilden, sich nicht wundern darf, wenn er vom deutschen Volk als Quisling bezeichnet wird. Ein Jahr nach diesem Ausspruch — der ihn bekanntlich ins Gefängnis brachte, aus dem er durch den Protest der friedliebenden Bevölkerung vorfristig entlassen werden mußte — zog Max Reimann die Bilanz des Ruhrstatuts. An Hand der befohlenen D-Mark-Abwertung, der Lohnstop-Politik, der steigenden Arbeitslosigkeit und der ständigen Unterwerfung der Bonner Regierung unter das Regiment der Hohen Kommissare, bewies Max Reimann, die Katastrophopolitik der Bonner Regierung und des Ruhrstatuts, das ihren Namen trägt, das der Kriegsvorbereitung dient und verstärkte Not bedeutet.“

Die internationalen Massenkundgebungen in Düsseldorf, Essen und Dortmund wurden zum Auftakt des verstärkten Kampfes gegen diesen verhängnisvollen Weg und das Ruhrstatut, das Westdeutschland versklaven und den Krieg vorbereiten soll.

### Dann natürlich ...

Bundespräsident Heuß stand in den letzten Minuten des alten Jahres, daß „Der Arbeitsstil der neuen gesetzgebenden Körper noch recht unvollkommen“ ist — das haben die Betroffenen in Westdeutschland an ihrem eigenen Körper zu verspüren bekommen — und er gab auch die Erklärung dafür — „... denn nie war einem Parlament in einem Staatswesen mit geknickter Souveränität eine solche Last auferlegt.“ („Frankfurter Rundschau“ vom 2. 1. 1950)

Also mit der Souveränität, die der Separatregierung Adenauer verliehen wurde, ist etwas nicht in Ordnung — wir haben das im Zusammenhang mit Besatzungsstatut und Besatzungskosten, Ruhrstatut und Demontage schon bemerkt —; sie ist also geknickt.

Wir haben schon von allerhand geknickten Sachen gehört: von geknickten Strehkhölzern, geknickten Eckfahnen auf den Fußballplätzen, geknickten Eltern und geknickten Herzen. Immer war es etwas gewaltsam Zerbrochenes, Zertrümmertes — eben mit Gewalt geknicktes. Wer aber könnte diesem westdeutschen Staatswesen in Bonn die Souveränität, die sie angeblich bekam, geknickt haben?

Die Souveränität des „Dritten Reiches“ ist 1945 zerschlagen worden; also davon kann nichts geknicktes übrig geblieben sein (so wollen wir hoffen). Wer also hat die „Bonner Souveränität“ geknickt, fragt empört jeder Bürger? Herr Heuß verrät es nicht, und Sie, lieber Leser, raten es bestimmt nicht, es ist ja sooo schwer. — Oder sollte etwa Bonn, die „repräsentative Hauptstadt“ dieses „Staatswesens mit geknickter Souveränität“, unter den in der Nähe mächtig dräuenden „Petersberg“ gekommen sein?

### Dann natürlich ...

### Bergarbeiterstreik in USA

18 000 Bergarbeiter im USA-Staat Illinois, die nur an drei Tagen in der Woche arbeiten, haben am Dienstag die Arbeit eingestellt, weil eine Reihe von Grubenbesitzern den Tarifvertrag, der am 1. Januar in Kraft treten sollte, nicht eingehalten hat. Die Arbeiter einer Grube in Indiana haben sich dem Streik angeschlossen.

suchte man ihn dadurch wiederherzustellen, daß die beiden im letzten Jahr für ein paar Wochen in fröhliche Kavalliershaft genommen und der Bevölkerung nachher wieder als „Martyrer“ zurückgegeben wurden. Daß sie aber nach wie vor im Solde der Imperialisten „leben und sterben wollen“ — nur nicht mehr im Solde der japanischen — beweist schon Soekarnos Neujahrsbotschaft, in der er geschäftig mitteilt, daß es „in Indonesien Schätze gibt, die nur darauf warten, ausgebeutet zu werden“ und die „jedem offen stehen, der für die Entwicklung des Landes arbeitet“ (New York Herald Tribune vom 2. Januar 1950).

Jedenfalls steht fest, daß die Imperialisten bei diesem Spiel keinerlei Nachteile einzustecken brauchen. Im Gegenteil, sie hoffen noch darauf, in ihren Dienern Soekarno und Hatta willige Werkzeuge zur Unterdrückung der Volksbefreiungsbewegung gefunden zu haben. Diese haben schon in der Vergangenheit bewiesen, daß sie hierin tüchtig sind, vor allem, als sie durch die Provokation von Madiun die besten Kommunisten und Gewerkschaftler ermordeten. Es ist daher von ihnen anzunehmen, daß sie sich die Worte des holländischen Kolonialministers van Mearseveen zu Herzen nehmen.

„Da die holländischen Truppen absolut nicht ausreichen, um Java und Sumatra unter holländischer Kontrolle zu halten, müssen die holländischen Truppen zusammen mit den Truppen der Hatta-Regierung gegen die Partisanen kämpfen. („Neue Zeit“ Moskau, Nr. 48, Jahrgang 1949).

Doch die Soekarno und Hatta sind ebenso wenig wie die Heuß und Adenauer die Vertreter des Volkes. Trotz des Marionettenspiels befinden sich ganze Provinzen Indonesiens in der Hand der Volksbefreiungsbewegung, die ihren Kampf verstärkt. Es kann daher kein Zweifel mehr bestehen, daß es den Völkern Indonesiens, gestützt auf das große Beispiel des chinesischen Volkes, gelingen wird, die Fremdherrschaft samt ihren Marionetten hinwegzufegen. F. U



### Käseblättchen

Seltene Blüten zeigen sich zuweilen im westlichen Blätterwald. Da liegt vor uns eines jener in letzter Zeit so üppig ins Kraut geschossenen kleinen Lokalblättchen, das seine Daseinsberechtigung offenbar durch Antisowjethetze bester Form bewiesen will. Diesmal ist es der „Miesbacher Anzeiger“.

Seite 7 dieses „objektiven“ Blättchens: „Große Freude herrschte bei der Familie Kutscha, da gerade am heiligen Abend ihr ältester Sohn aus russischer Kriegsgefangenschaft heimkehrte... Wir wünschen dem von schwerer Krankheit noch nicht ganz Genesenen baldige Erholung“.

Seite 4 in derselben Nummer: Im Eishockey-Sportbericht: Der erst am Heiligen Abend heimgekehrte Kutscha Pauli konnte nicht zusehen und machte selber mit. Bei vernünftigen Eis hätte er wahrscheinlich schon bewiesen, daß er vor seiner achtjährigen Zwangspause große Klasse war.“

Sie bauen nicht, sie ernsten nicht, und sie werden dennoch ernährt, — durch die Antisowjethetze.

Aber derartige Schreiberlinge — und es gibt deren nur zu viele — spekulieren darauf, daß ja schließlich Lokalseite und Sportseite zwei verschiedene Dinge sind, und wer sagt denn, daß auf der einen etwa dasselbe stehen müßte wie auf der andern? Schließlich waren die beiden Seiten ja durch drei andere, die dazwischengeschoben waren, getrennt. Und es ist natürlich eine absonderliche bolschewistische Niedertracht, beide ganz zu lesen und miteinander zu vergleichen.

Man könnte Miesbach ja Miesbach sein lassen, wenn es sich nur um Miesbach handeln würde. Aber es gibt dazwischen Käseblättchen in allen Gattungen. Sie leben alle nach demselben Rezept, sie schreiben alle nach derselben Methode — Hetze gegen den Osten, nur der eine etwas geschickter als der andere.

## Unternehmer-Sabotage gegen das Mitbestimmungsrecht

Freiburg. Das Mitbestimmungsrecht habe eine der Wirtschaft schädliche Wirkung. Dieser zersetzenden Wirkung seien sich die Kommunisten klar bewußt, das könne man deutlich an ihrer praktischen Wirtschaftspolitik sehen. In allen kapitalistischen Ländern, deren Zerfall sie erstrebten, förderten die Kommunisten das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter.“

So heißt es wörtlich in einem vom 2. Januar 1950 datierten Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes der Badischen Eisen- und Metallindustrie. Das Rundschreiben zitiert obige Sätze eines der einflußreichsten amerikanischen Wirtschaftler, der u. a. den Posten eines Delegierten der Arbeitgeber bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf ist, sowie Vertreter der amerikanischen Unternehmer im Wirtschaftsausschuß der Vereinten Nationen ist.

Dieser Mr. Ch. E. Shaw fährt nach dem Rundschreiben des Badischen Unternehmerverbandes fort:

Die deutsche Wirtschaft braucht dringend Geld. Die amerikanische Wirtschaft sucht nach Anlagemöglichkeiten. Aber wer sein Geld verleiht, der möchte eine Sicherheit haben, daß es gut verwaltet wird.

Mr. Shaw stellt dann die bekannte politische Forderung der USA-Imperialisten auf: Amerika wird denjenigen Unternehmern kein Geld leihen, in denen der Betriebsrat das gesetzliche Mitbestimmungsrecht hat. Mr. Shaw hat auch die westdeutschen Gewerkschaftsführer auf diese Tatsache hingewiesen und gefordert, daß „Deutschland erst die Voraussetzungen dafür schaffen müsse, um den amerikanischen Geldgebern Vertrauen einzuflößen.“

Mr. Shaw und der Badische Arbeitgeberverband stellen also unumwunden die Forderung nach einer Liquidation des Mitbestimmungsrechtes. Und leider ist bisher nicht bekannt, daß diejenigen Gewerkschaftsführer, die mit Herrn Shaw eine Unterredung hatten, diese

Forderung öffentlich angeprangert haben. Wollen die westdeutschen Gewerkschaftsführer mit Absicht über diese Dinge schweigen? Wollen sie den Ausverkauf Deutschlands und seine völlige Entrechtung weiter unwidersprochen lassen?

In Baden ist dieses Rundschreiben nur ein Beispiel mehr für die völlige Skrupellosigkeit, mit der gewisse Unternehmerkreise, denen es um das in ihren Werken investierte ausländische Kapital geht, das Mitbestimmungsrecht zu sabotieren suchen.

Aber gehen sie damit den auch für sie nützlichsten Weg? Sehen sie nicht, wohin die Reise geht, die ihnen Absatzschwierigkeiten und finanzielle Sorgen noch und noch serviert? Sehen diese Unternehmer nicht, daß sie sich mit der Auslieferung ihrer Werke an das ausländische Kapital und damit auch der ausländischen Kapitalisten selbst das Grab graben, in das sie die hemmungslose Profitgier ihrer schweizer und amerikanischen Kollegen rücksichtslos werfen werden, wenn diese glauben, daß die Zeit dafür reif ist?

Sind die deutschen Unternehmer immer noch zu blind, um zu sehen, daß nur der Kampf um die Unabhängigkeit Deutschlands, den Abzug der Besatzungstruppen und damit das Freiwerden von Investitionskapital auch ihre eigene Existenz sichern wird? Sehen die deutschen Unternehmer wirklich nicht weiter, als bis zum Befehlsschreiben ihrer ausländischen Herren? Anstatt selbst alle Anstrengungen zu unternehmen, um die gewaltsame Behinderung des Ost-West-Handels durch die westlichen Besatzungsmächte zu liquidieren, bekämpfen sie die Werkstätten und ihr Mitbestimmungsrecht.

Es wird ein böses Erwachen geben, wenn die gemeinsame Front aller patriotischen Deutschen dem Spuk der Bonner Regierung und der Herrschaft der ausländischen Imperialisten ein Ende macht. Dann wird die kraftvolle nationale Front aller echten Deutschen unter der Führung der geeinten Arbeiterklasse dem Kampf um das Mitbestimmungsrecht und die Zukunft der werktätigen Menschen ein siegreiches Ende bereiten.

## In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften

Erfolgreiche Bemühungen des Freiburger Erwerbslosen-Ausschusses

Freiburg. In einer zweiten Erwerbslosenversammlung erstatteten der Vorsitzende der Orts-gewerkschaft, Koll. Kappes, und der Vorsitzende des Erwerbslosenausschusses über ihre bisherige Tätigkeit Bericht. Dabei kam vor allem zum Ausdruck, daß die bereits wirksamen Erfolge — Auszahlung eines Zuschusses an Weihnachten etc. — nur möglich gewesen seien, weil der Erwerbslosenausschuß die Gewähr hat, daß die Freiburger Arbeitslosen hinter ihm stehen und in jeder Beziehung gut mit den Gewerkschaften zusammenarbeitet wurde.

Nachdem nochmals jede Notstandsarbeit bei untertariiflicher Bezahlung entschieden abgelehnt worden war, wurden weitere Forderungen der Erwerbslosen gestellt.

Neben der Heraussetzung der Unterstützungssätze für weibliche Erwerbslose wurde eine Wärmehalle für Alleinstehende, Fahrpreisermäßigung, Erleichterungen bei der Behandlung von Bein- und Schwerbeschädigten sowie die Ermäßigung bei Theater- und Kinovorstellungen für Erwerbslose gefordert.

Koll. Kappes berichtete ferner, daß auch die Erwerbslosen das Wohlfahrtsamt zur Beschaffung von Brennholz und Kartoffeln in Anspruch nehmen können, die Dreikönig-Küche als Wärmehalle eingerichtet wurde und die Forderung einer Heraussetzung der Unterstützungssätze für die Frauen selbstverständ-

lich auch von den Gewerkschaften unterstützt wurde, allerdings erstrebten die Gewerkschaften hierfür eine gesetzliche Regelung.

In der lebhaften Diskussion wurde die schleppende Behandlung der Soforthilfeanträge durch Beispiele belegt, weiter gegen Beschäftigung neu von auswärts zuziehender Personen anstelle einer Besetzung freier Stellen durch arbeitsunfähig erfasste Erwerbslose. Als Beispiel wurde der Fall eines Schwerbeschädigten angeführt, der kürzlich zugunsten einer Bekannten des Landtagspräsidenten entlassen wurde.

Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß immer mehr Unternehmer dazu übergehen, Arbeitskräfte zu entlassen, um dann billigere Kräfte von auswärts einzustellen.

Der Vorsitzende des Ausschusses betonte in seinem Schlußwort, daß es nach wie vor gälte, noch geschlossener als bisher aufzutreten, um die Forderungen der Erwerbslosen durchsetzen zu können. Er gab abschließend bekannt, daß der Erwerbslosenausschuß in Kürze beim Staatspräsidenten eine Besprechung über die notwendigen Schritte der Regierung haben werde, außerdem die Reden des Ausschusses im Gewerkschaftshaus, Zimmer 19, jeweils auf Montag und Freitag von 15—17 Uhr festgelegt wurden.

## Freude im Gewerkschaftsbüro

Vom Ortsausschuß Rastatt der Gewerkschaften wird uns geschrieben:

„Der Beschluß des Kreisvorstandes und der Vorsitzenden der angeschlossenen Gewerkschaften, den über 65 Jahre alten und nur von der kargen Altersrente lebenden Gewerkschaftsmitgliedern eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe zu zahlen, hat nicht nur den damit bedachten alten Vorkämpfern der heutigen Gewerkschaften, sondern auch allen, die Zeugen der Auszahlung waren, große Freude bereitet.“

Wer in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr das Gewerkschaftsbüro aufsuchte, und auch die Hausbewohner waren erstaunt über die vielen alten Männer, die mühsam, aber mit freudigen Gesichtern die drei Treppen zur Gewerkschaft erstiegen, um dem Ruf der Geschäftsleitung folgend, ihre Beihilfe abzuholen. Waren es doch durchweg alte, abgearbeitete Kollegen aus dem ganzen Kreis Rastatt im Alter bis zu 80 Jahren, die 40, 50 und mehr Jahre treue Mitarbeiter in den Gewerkschaften und Betrieben waren und die vieles zu erzählen wußten aus den Kämpfen der Arbeiterschaft im Kaiserreich sowie der darauffolgenden Zeiten und über die industrielle Entwicklung in Deutschland.

Sie alle sind noch treue Anhänger der Gewerkschaftsbewegung, bedauern aber, daß der Großteil der Jugend, der die in vielen Jahren erkämpften Verbesserungen in den Schoß gefallen sind, so wenig Anteil nimmt an der Arbeit und den Aufgaben der Gewerkschaften.

Eine weitere Freude erlebten wir am 28. Dezember durch ein Schreiben vom Leiter des Arbeitsamtes Rastatt, worin uns mitgeteilt wird, daß wir nach Fertigstellung

des neuen Arbeitsamtsgebäudes, Bahnhofstraße 21, anständige Büroräume mit Sitzungssaal für das Zenträlbüro der Gewerkschaften erhalten werden. Durch diese endgültige Zusage, die wir der Vermittlung des Herrn Oberbürgermeister Jäger sowie dem Entgegenkommen des Arbeitsamtes verdanken, wird nicht ein längst unhaltbar gewordenen Zustand beseitigt, sondern es wird sich die Unterbringung des Arbeitsamtes, des Arbeitsgerichts und des Kreis-ausschusses der Gewerkschaften in einem Gebäude segensreich für die Allgemeinheit auswirken.“

## Weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage

Aus den Berichten der Arbeitsämter Konstanz und Achern

Konstanz. Beim Arbeitsamt Konstanz mit seinen Nebenstellen in Meßkirch, Pflundersdorf, Radolfzell, Singen, Stockach und Überlingen stand der Arbeitsmarkt bei Jahresabschluss unter der Auswirkung von Freistellungen in den Außenberufen wegen des Kälteeinbruchs, was zu einer weiteren Zunahme der Arbeitsuchenden und Arbeitslosen geführt hat. An dieser Zunahme waren auch die letzten zwei Flüchtlingstransporte aus Niedersachsen mit 353 Personen nicht unwesentlich beteiligt. Die Hauptzugänge entfallen auf Männer. Im Rückgang der Vermittlungen gegenüber dem Vormonat um insgesamt 496 zeigen sich die Auswirkungen der Lockerung der Arbeitsersatzbestimmungen deutlich. Zu den 566 Vermittlungen im Monat Dezember kommen allerdings noch 164 namentliche Anforderungen, so daß insgesamt 730 Arbeitsplätze besetzt wurden. Am 31. 12. 49

ergab sich nach der Arbeitsmarktstatistik nachstehendes Bild:

Männer: Arbeitsuchende 1842 (+ 283), Arbeitslose 1640 (+ 301), Offene Stellen 152 (- 102); Frauen: Arbeitsuchende 698 (+ 40), Arbeitslose 539 (+ 42), Offene Stellen 114 (- 17); zusammen: Arbeitsuchende 2540 (+ 323), Arbeitslose 2179 (+ 343), Offene Stellen 266 (- 119).

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahre 1949 zeigt nachstehende Darstellung: Arbeitsuchende: Januar 1471, März 1656, Mai 1721, Juli 1880, September 1967, Dezember 2540. Arbeitslose: Januar 1026, März 1071, Mai 1235, Juli 1499, September 1550, Dezember 2179. Offene Stellen: Januar 864, März 1100, Mai 1013, Juli 973, September 504, Dezember 266.

Arbeitslose Stenarbeiter bei zahllosen zerstörten Brücken

Achern. Die Zahl der Arbeitslosen ist bei der Arbeitsamtsneubestellung Achern auf über 400 gestiegen. In dieser Zahl sind alle diejenigen, die auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, weil sie die Anwartschaft nicht erfüllt haben, nicht enthalten.

Rechnet man noch die vielen Betriebe hinzu, die auf Grund der wirtschaftlichen Lage gezwungen sind, kurz zu arbeiten, dann hat man ein grotesques Spiegelbild unserer westdeutschen Wirtschaft.

Nackte Zahlen sprechen! Und doch, welches Elend, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung verbirgt sich hinter diesen nüchternen Zahlen. Mit einer Arbeitslosenunterstützung, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist, werden arbeitswillige Menschen abgespeist, weil dieser Staat und dieses System nicht in der Lage ist, eine Vollbeschäftigung zu sichern.

Triumphierend aber melden die bürgerlichen Zeitungen, daß die Aktien in Westdeutschland steigen und die DM sich weiter gefestigt habe. Wir raten, diese Nachricht den Arbeitslosen als Extrablatt auszuhändigen, vielleicht werden sie davon satt.

Den größten Prozentsatz aller Arbeitslosen stellen die Stenarbeiter. Und dies, obwohl unsere Heimat mit zerstörten Brücken und Ruinen geradezu übersät ist.

Die Stenarbeiter können dies nicht begreifen. Sie sind maßlos erbittert, daß sie genau wie in den 30er Jahren erneut wieder als erste, in vollem Ausmaß die Krise zu spüren bekommen.

Aber auch die Stenarbeiter müssen begreifen, daß solange die Besatzungstruppen den größten Teil aller Steuereinnahmen verbrauchen, an eine grundlegende Aenderung der Verhältnisse nicht zu denken ist. Deshalb müssen gerade sie sich in die nationale Front einreihen und mithelfen, ein friedliches demokratisches Deutschland aufzubauen.

Kurzarbeit in der Holzindustrie Ottenhöfen. Wie uns berichtet wird, ist die Holzindustrie Ottenhöfen wegen Auftragsmangel gezwungen, Kurzarbeit einzuführen.

Ein Werk um das andere wird vom Niedergang erfaßt, die Arbeiter fliegen auf die Straße, Not und Elend kehrt in die Arbeiterfamilien ein. Die Arbeiterschaft darf einer solchen Entwicklung nicht mehr länger untätig zusehen. Sie muß den Kampf für Vollbeschäftigung aufnehmen und die Regierung zwingen, die nötigen Gelder für Beschäftigung zur Verfügung zu stellen.

Schulungskurse des Gewerkschaftsausschusses

Singen. Die seit Oktober vergangenen Jahres stattfindenden Gewerkschaftskurse waren durchschnittlich sehr gut besucht und wurden von weiten Kreisen lebhaft begrüßt. Nachdem über die Feiertage eine Pause eingetreten war, sollen die Kurse jetzt wieder fortgesetzt werden. Der nächste Kurs findet am Montag, 9. Januar, abends 19 Uhr statt und wird das Gebiet „Arbeitsrecht und Sozialrecht“ behandeln. Eine geringe Anzahl von Teilnehmern kann zu den neuen Kursen noch zugelassen werden.

## Umschau im Lande

Was bietet der Singener Kulturrat im Januar?

Die Neukonstituierung des städtischen Kulturrates scheint nicht ohne Erfolge zu bleiben, und es ist für manchen interessant, zu erfahren, was in den vergangenen Wochen der Ruhe und des Schweigens hinsichtlich Veranstaltungsplanungen geleistet wurde.

Als erster Veranstalter gastiert am Montag, 9. Januar, in der Kunsthalle das Deutsche Theater in Konstanz mit dem witzigen und geistreichen Lustspiel von Curt Goetz „Hokuspokus“. Die Veranstaltung läuft im Rahmen des Theater-Abonnements. Schon am Donnerstag, 12. Januar, tritt der bekannte Forscher Hartelmeier mit einem interessanten Abessinen-Vortrag vor die Öffentlichkeit, und am Montag, 16. Januar, wird Gerhard Taschner (1. Konzertmeister der Berliner Philharmoniker) in einem Violinkonzert in der Kunsthalle die Freunde der Kammermusik begeistern.

Für die Freunde der leichten Muse, den Liebhabern einer spritzigen und geistreichen Unterhaltung ist am Sonntag, 22. Januar, in der Scheffelhalle gesorgt. Das Werner-Fink-Kabarett „Die Mausefalle“ aus Stuttgart wird unter dem Motto „Alles ohne Apparat“ einen Beweis seines Könnens ablegen.

Gegen Ende des Monats wird aller Wahrscheinlichkeit nach noch ein Sinfoniekonzert des Winterthurer Stadtorchesters stattfinden, und das wirklich bunte und reichhaltige Januarprogramm abschließen.

Fast ein halbes Jahrhundert

Wahlwies. Nach 49jähriger Postdienstzeit trat unsere Zweigpostamts-Vorsteherin, Fr. Klottilde Bury, am 1. Januar 1950 wegen Überschreitung der Altersgrenze in den wohlverdienten Ruhestand. Fast ein halbes Jahrhundert lang hat Fr. Bury die postlichen Geschäfte unserer Gemeinde gelenkt und sich durch Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und stetes Entgegenkommen gegenüber Jedermann das uneingeschränkte Vertrauen der Einwohnerschaft erworben und erhalten. Daher ist der dankbare Wunsch unserer Gemeinde, daß der aus dem öffentlichen Dienst Scheidenden noch viele Jahre voll bester Gesundheit beschieden sein mögen.

Unaufgeklärter Selbstmord

Wehr. Die bereits seit mehreren Wochen vermählte Ehefrau eines seit Jahren vom Kriegsdienst ebenfalls bis heute noch als vermißt geltenden Kriegsgefangenen, wurde vor einigen Tagen durch zufällige Umstände im Wald, in der Nähe der Eisenbahnbrücke, tot aufgefunden. Da Merkmale von Verletzungen am Kopf zu Bedenken Anlaß gaben, mußte Sezierung der Leiche durchgeführt werden. Wenngleich die wirkliche Ursache des Selbstmordes nicht einwandfrei geklärt ist, dürfte diese in erster Linie in wirtschaftlicher Not begründet sein.

Margarine statt Butter

Wehr. Schon seit längerer Zeit könnte von Verbrauchern eine nicht einwandfreie Beschaffenheit der angeblich als „Deutsche Markenbutter“ zum Verkauf gelangenden Ware festgestellt werden. Aus diesem Grund ist schon ein beträchtlicher Teil der Hausfrauen dazu übergegangen, eine gute Margarine anstatt Butter einzukaufen. Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise schon erheblich sparen läßt, besonders bei der Masse der Verbraucher, welche infolge ihrer dem gegenwärtigen Lebensbedarf nicht angepaßten Einkünfte hierzu gezwungen sind, wird wenigstens erreicht, daß von einem Teil diese Mischungen nicht mit unterstützt werden. Denn in vielen Fällen ist heute überhaupt nur Selbsthilfe am Platz. Es dürfte jedoch Sache der zuständigen Kontrollorgane sein, hier einmal nach dem Rechten zu schauen.

Ein Kulturbund der KPD

Zell i. W. Die Kulturgemeinschaft der KP-Untergruppe Zell i. W. veranstaltete am Silvesterabend im Hotel „Löwen“ einen Unterhaltungabend, der sich eines so zahlreichen Besuches erfreute, wie es kaum eine Veranstaltung an diesem Tag in Zell i. W. aufweisen konnte. Das reichhaltige Programm, das inhaltlich sich mit einem ernstlich-besinnlichen Teil und einem humoristischen Teil befaßte, bot allen Besuchern einen lehr- und geistreichen Uebergang in das neue Jahr. Das Theaterstück „Die Mutter“, nach den Motiven des Romans von Maxim Gorki bearbeitet, sowie ein Epilog „Die Mütter“ von zwei zehnjährigen Kindern vorgetragen, wurde so lebenswahr wiedergegeben, daß die Darsteller und die Vortragenden einen großen Applaus ernteten, wofür wir ihnen auch an dieser Stelle den herzlichsten Dank aussprechen. Nicht weniger Dank sei auch den Spielern des humoristischen Teils dargebracht, die mit ihren Sketchs: „Die Unschuld vom Lande“ und „Der Bublikopf“, sowie der Ansager selbst und die sportliche Darbietung „Die unüberwindliche Frau“ Heiterkeit und Lachen hervorriefen. Die kein Ende nehmen wollten. Auch die Musik spielte unermüdlich bis zum frühen Neujahrs-morgen zum Tanze auf und der reichhaltige Glückstopf ermöglichte bald jedem einzelnen Besucher, daß er einen Gewinn mit nach Hause nehmen konnte.

Vom Fundamt Triberg

Triberg. Im vergangenen Monat wurden auf dem hiesigen Fundbüro abgeliefert: 1 Paar weiße Kinderfausthandschuhe, 1 weißer Kinderfausthandschuh, 1 weißer gestrickt Schal, 1 Geldbeutel ohne Inhalt, 1 gestr. Fausthandschuh, 1 Paar dunkelblauer Kinderfausthandschuhe, 1 Schuh-Schnecke, 1 weißer Wollschal, 1 Drehbleistift, 1 Damenlederhandschuh, 1 Paar Kinderhandschuhe, 1 loser kleiner Geldbeutel, 1 Geldbeutel mit Inhalt, 1 dunkelbrauner Damenfingerhandschuh, 1 brauner Fingerhandschuh, 1 Paar rote Kinderfausthandschuhe. Ferner sind noch aus früheren Monaten eine ganze Anzahl Fundgegenstände vorhanden, die bis jetzt noch nicht abgeholt wurden.

Melkkurs

Kappelrodeck. Die Landwirtschaftsschule Achern führt im Januar einen Melkkurs in Kappelrodeck durch, an dem Interessenten von 17 Jahren ab teilnehmen können. Anmeldung beim Bürgermeisteramt. Der Kurs dauert eine Woche und kostet 3 DM.

## Unsere Leser schreiben:

### Flüchtlinge — auswandern?

Nicht Lohndrücker ausländischer Arbeiter werden — „Die Verhältnisse sind keineswegs rosig“

Unlängst hielt in Baden-Baden der SPD-Bundestagsabgeordnete Prof. Herbig ein Referat über Flüchtlingstragen. Glücklicherweise waren von den eingeladenen Flüchtlingen wenige erschienen, es wären ihnen die Haare zu Berge gestanden über die Vorschläge, die Prof. Herbig zur Lösung des Flüchtlingsproblems zu machen hatte.

Am interessantesten erschien mir die Einstellung der SPD zur Auswanderung, und zwar wolle man ein Büro einrichten, um die Auswanderer zu organisieren.

Ich als Flüchtling und seit Jahren auf dem Laufenden über die Stimmung in unseren Kreisen, möchte Herrn Herbig nur eines versichern: Mögen die Flüchtlinge auch noch so aufgesplittert sein in den verschiedensten Organisationen, in dem einen Punkt sind sich alle einig, nämlich nicht auszuwandern. Zwar teile ich nicht die überhebliche Meinung des Herrn Pfarrer Paust aus Freiburg und anderer Pfarrer in Flüchtlingskreisen, die empört die Auswanderung ablehnen und sagen: „Wir wollen nicht als Kulturdünger dienen“.

Wohl aber teile ich die Meinung der Flüchtlinge, die sagen: „Wir wollen nicht im fremden Land den ausländischen Arbeitskollegen gegenüber als Lohndrücker dienen.“ Wir lassen uns nicht auf solche billige Art und Weise für Handlangerdienste des Kapitals benutzen, wir bleiben hier im Lande und fordern unser Existenzrecht durch eine gerechte Bodenreform und Besteuerung des Großkapitals, und zwar sofort und gründlich.

Ein Deutscher in Brasilien Die Verhältnisse hierzulande sind keineswegs rosig und machen sich drüben viele Leute eine gänzlich falsche Vorstellung hiervon. Brasilien ist augenblicklich das teuerste Land der Welt und stehen die Verdienste in keinem Verhältnis hierzu. Die deutschen Vermögen sind noch immer beschlagnahmt, wir werden auch wohl nichts mehr davon wiedersehen. Es heißt also für uns Deutsche, daß wir wieder von vorn anfangen müssen. Von den Deutschen fühlen sich sehr viele nicht mehr wohl hier, finden keine Arbeit und wollen wieder nach Deutschland zurück; ein großer Teil ist bereits wieder abgefahren. Dieses dürfte uns wohl genug sagen. Davon ist von einem Haß der einzelnen Brasilianer uns gegenüber absolut nichts zu merken, eher ist das Gegenteil der Fall. Mit den besten Grüßen Otto Livonius, Avenida Paulista 920 Sao Paulo — Brasilien. (Aus dem Dezemberheft des „Pommernbriefes“)

### Sie können es nicht lassen

Schiltach. Wer erinnert sich nicht des obskuren Plakates, das anlässlich der Wahlen von der CDU herausgegeben wurde. Da wurde mittels eines widerlich verzerrten Männergesichts, das einen Asiaten darstellen sollte, der Rassenhaß und der Haß gegen die Völker des Ostens zum innenpolitischen Kampfmittel erhoben. Trotz der Proteste, die von allen Seiten gegen die ungeheuerliche Verunglimpfung der asiatischen Völker unternommen wurde, hängen Fetzen dieser Plakate noch heute in vielen Gemeinden.

Sie scheinen auch den Schiltacher Pfarrer noch immer zu beeinflussen. Beim historischen Silvesterzug der Gemeinde richtete zuerst der Stadtpfarrer, dann der Bürgermeister eine Rede an die Bevölkerung, in der sie beide einen Jahresrückblick auf das Geschehen in der Gemeinde, in Kirche, Staat und der Weltpolitik gaben. Beide unterließen es nicht, gegen den Osten zu hetzen und sich dadurch, gleichgültig ob bewußt oder unbewußt, zu Handlangern der Kriegstreiber zu machen.

Des Pfarrers Gemeindegeschäften und des weltlichen Oberhauptes Bürger werden diesen Hetzrednern wenig Dank wissen. Es ist wohl unzweifelhaft, daß positive Aufbaupläne und Pläne zur Ueberwindung der auch in Schiltach sich verstärkenden wirtschaftlichen Sorgen der Bevölkerung dieser reichlich mehr von Nutzen sein dürften, als die Wiedergabe der aus dem Rundfunk, den bürgerlichen Parteizeitungen und Kirchenblättern längst bekannten Anwürfe gegen die demokratischen Völker.

Die Antwort dieser Völker unter der Führung der Sowjetunion wird trotz aller Hetze unverändert bleiben: Kampf für den Frieden, gegen Völkerhetze und die imperialistischen Kriegstreiber!

## Steinarbeiter protestieren

Die Steinarbeiter fordern Alu-Auszahlung in Ottenhöfen und Achern

Kappelrodeck. In einem Scheiben an den Ortsausschuß der Gewerkschaften protestieren die Steinarbeiter dagegen, daß sie zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung zur Nebenstelle nach Achern müssen. In dem Schreiben heißt es u. a.: „Es kann uns nicht zugemutet werden, daß wir zur Erlangung der Arbeitslosenunterstützung noch zusätzlich Fahrgeld ausgeben. Wir verlangen deshalb die Auszahlung der Unterstützung in den Gemeinden Kappelrodeck und Ottenhöfen. Sollte diesem Antrag von seiten des Arbeitsamtes Baden-Baden nicht stattgegeben werden, wird man dort zu spät erkennen, daß wir aus der Vergangenheit unsere Lehren gezogen haben. Wir warnen rechtzeitig.“

Die Forderung der arbeitslosen Steinarbeiter ist berechtigt. In den Jahren vor 1933 wurden die Arbeitslosengelder auch in Kappelrodeck und Ottenhöfen ausbezahlt. Was zu jener Zeit möglich war, muß sich auch heute ermöglichen lassen.

Wir erwarten deshalb von den zuständigen Stellen, daß dem Willen der Steinarbeiter alsbald Rechnung getragen wird, weil den arbeitslosen Steinarbeitern nicht zugemutet werden kann, daß sie von ihrer Hungerunterstützung auch noch 1.50 DM Fahrgeld ausgeben.

Konzert des Gesangsverein „Freundschaft“ Seebach. Am Neujahrstag hielt der Gesangsverein „Freundschaft“ im Gasthaus „Hirsch“ seine Weihnachtsfeier mit einem Konzert ab.

Alle Besucher waren von den gesanglichen Darbietungen überrascht. Unter der Leitung des Dirigenten Gall hat der Verein im Laufe des vergangenen Jahres einen starken Aufschwung genommen, so daß er heute bereits wieder 28 aktive Sänger zählt. Der nach dem Konzert stattgefundenen Tanz hielt alle Besucher bis lange nach Mitternacht beisammen.



# SPORT-ECHO vom Sonntag

## Fußball-Resultate

**Oberliga Süd:**

1. FC Nürnberg — Offenbacher Kickers 3:0  
 Stuttgarter Kickers — FSV Frankfurt 5:1  
 VfB Mühlburg — VfR Mannheim 1:2  
 Schw. Augsburg — SpVgg Fürth 1:4  
 Bayern München — SpVgg Fürth 2:1  
 Waldhof — VfB Stuttgart 1:1

**Oberliga West:**

Horst/Emscher — Duisburger SV 3:2  
 Borussia Dortmund — 1. FC Köln 5:3  
 Rhenania Würselen — Schalke 04 2:2  
 RW Oberhausen — RW Essen 2:2

**Norddeutsche Oberliga:**

Werder Bremen — Hamburger SV 1:1  
 Holstein Kiel — Eintr. Braunschweig 1:4  
 VfL Osnabrück — Göttingen 05 2:1  
 Conc. Hamburg — Arm. Hannover ausgef. 0:1  
 VfB Oldenburg — Eimsbüttel 5:1  
 Hannover 96 — Bremer SV 2:2

**Südliga:**

Ebingen — Rastatt 3:0  
 Villingen — Tübingen 2:2  
 Kuppenheim — Hechingen 10:1  
 Lehr — Reutlingen 2:4  
 Konstanz — Trossingen 5:2  
 Friedrichshafen — Schwenningen 3:2

**Nordliga:**

Worms — Trier-Kürrenz 3:0  
 Oppau — Andernach 0:4  
 Neuendorf — 1. FC Kaiserslautern 2:3  
 Pirmasens — Ludwigshafen 4:1  
 Kirm — Mainz 05 1:3  
 Eintracht Trier — VfR Kaiserslautern 1:0  
 Weisenaue — Engers 2:2

**Landesligen Nordbaden:**

Durlach — Feudenheim 1:1  
 Neckarau — Friedrichsfeld 4:0  
 Hockenheim — 1. FC Pforzheim 0:0  
 Rohrbach — Eutingen 3:2  
 Brötzingen — Viernheim 5:1  
 Mosbach — Phönix 1:1

**Freundschaftsspiele:**

Jahn Regensburg — Rapid Wien 3:3  
 Eintracht Frankfurt — Austria Wien 1:0  
 FC Augsburg — Austria Wien 2:2  
 St. Pauli — FC Saarbrücken 5:1

**Hockey**

KTV Karlsruhe — TV Germ. Mannheim 1:3

Die Bilanz Schalke — Nürnberg weist nunmehr 19 Begegnungen beider Altmeisterklubs auf. Zehn Siege für Nürnberg, sieben für Schalke und zwei Unentschieden ergaben ein Torverhältnis von 42:38 für den 1. FC Nürnberg.

Der Spieler Alfred Würstel (TuS Fürth), der den Schiedsrichter ko geschlagen und einen Baltzordner einige Zähne ausgeschlagen hatte, wurde zu Gefängnis verurteilt und aus dem Bayerischen Fußballverband ausgeschlossen.

## Die Tabellen melden

**Süddeutsche Oberliga**

SV Fürth	15	9	4	2	38:18	22
SV Waldhof	16	7	5	5	32:28	19
VfB Mühlburg	15	6	5	4	22:18	17
VfR Mannheim	15	7	3	5	26:24	17
Bayern München	14	7	2	5	29:25	16
VfB Stuttgart	15	6	4	4	23:22	16
FSV Frankfurt	14	4	6	4	17:19	14
Eintracht Frankfurt	15	5	4	6	28:30	14
05 Schweinfurt	16	5	4	7	20:20	14
1. FC Nürnberg	14	5	3	6	24:22	13
Kickers Offenbach	14	5	3	6	23:28	13
BC Augsburg	14	5	3	6	23:33	13
1860 München	15	6	1	8	20:22	13
Kickers Stuttgart	14	3	6	5	30:29	12
Schwaben Augsburg	15	5	2	8	17:32	12
Jahn Regensburg	15	4	3	8	23:25	11

## Waldhof verschenkte den Sieg

SV Waldhof — VfB Stuttgart 1:1  
 Waldhof: Vetter; Rößling, Siegel; Ramge, Rendler, Kling; Siffing, Herbold, Lipponer, Hölzer, Holler.  
 VfB Stuttgart: Effinger; Retter, Steimle; Otterbach, Ledl, Barufka; Lapsle, Schlienz, Bühler, Baitinger, Blessing.

Das war eine andere VfB-Mannschaft aus Stuttgart als die, die vor drei Wochen auf dem VfR-Platz mit 1:4 unterging. Nicht nur, daß damals Ledl fehlte und Schmidt im Tor dem VfR billige Treffer schenkte, auch die ganze taktische Einstellung dieser VfB-Mannschaft, mit der es Waldhof zu tun bekam, war grundsätzlich anders. Mit Ledl und Effinger waren die wichtigsten Mannschaftsposten im Tor und als Mittelläufer hervorragend besetzt. Die Wiedererlehnung von Schlienz in den Sturm beflügelte die Aktionen des Angriffs der Stuttgarter ganz erheblich. Mit zwei sehr aktiven Außenstürmern, zwei technisch so brillanten und taktisch einfallsreichen Verbindern wie Schlienz und Baitinger sowie dem stämmigen Bühler in der Mitte, wäre der Sturm des VfB eine scharfe Waffe — wenn er vorm Tor mehr Durchschlagskraft gezeigt hätte. Dieses Manko war ein Glück für Waldhofs Abwehr, die in den ersten 20 Minuten des Spiels den raffinierten Schachzügen des VfB-Sturmes ziemlich hilflos gegenüberstand. Einmal war die Querlatte im Wege, und einmal fand Blessing dicht am Posten und nach Ausfall der gesamten Waldhofs Abwehr nicht das weit offene Loch.

Waldhof kann gegen den VfB Stuttgart einfach nicht mehr gewinnen. Die letzten drei Spiele gingen alle verloren, und diesmal verschenkte Waldhof noch in den letzten Sekunden des Spiels den schon gesichert scheinenden Sieg. Während die Stuttgarter in bester Besetzung antreten konnten, fehlten bei Waldhof Mittelläufer Krämer und der Spielmacher im Sturm, Fanz. Krämer wäre in dem kampfbetonnten, harten, wenn auch im allgemeinen fairen Spiel gegen die kraftvollen Stuttgarter wohl besser am Platz gewesen als Rendler, aber Fanz hätte gegen die überaus harte Abwehr des VfB wenig ausgerichtet. Der Sieg war schon von Anfang an durch die Aufstellung des Waldhofsturmes in Frage gestellt. So oft Hölzer halbkreis spielt, ist er nicht wiederzuerkennen. Er verzettelt sich in ganz unnötige Dribbeleien, wobei er fast stets vom Ball getrennt wird. Daß Hölzer wieder sein „Abstauber-Tor“ schoß, ändert nichts an seinem völligen Versagen als Verbindungsstürmer. Lipponer stand wieder ziemlich allein gegen die starke Abwehr der Stuttgarter, denn Holler konnte sich am linken Flügel kaum durchsetzen, während Siffing langsam wieder in sein altes Können hineinwächst. Waldhof hatte trotzdem die besseren und zahlreicheren Torchancen, aber es wollte nichts glücken. Effinger im Stuttgarter Tor hielt einfach alles. Der einzige Schützer, der ihm unterließ, als er einen scharfen Schuß Siffings wieder aus den Händen lassen mußte, führte zu Waldhofs Führung. Stuttgarts Hintermannschaft, die allerdings wiederholt zu hart hineinstieg, war derjenige Waldhofs an Sicherheit und Kaltblütigkeit weiter über, vor allem Ledl, Retter und Barufka machten dem Waldhofsturm das Leben schwer. Die Abwehr Waldhofs war anfänglich sehr unsicher. Kling hat nachgelassen, Rendler griff nicht entschlossen genug ein und Ramge ist noch sehr langsam. Allein Siegel war im ganzen Spiel zuverlässig und sicher. Daß der Waldhofsturm aus einem vollen Dutzend von Eckbällen nichts herausholte, ist auch bemerkenswert. Wenn eine Mannschaft sich noch in den letzten Sekunden des Spiels von einem bereits abgekämpften Gegner überrollen und den Sieg entreißen läßt, so ist das kein gutes Omen für die Rückrunde. Das Spiel war überaus spannend und brachte vor beiden Toren eine Reihe dramatischer Szenen. Nachdem der VfB zuerst do-

## Neckarau startet zur Meisterschaft

VfL Neckarau — Germania Friedrichsfeld 4:0  
 Der Herbstmeister der badischen Landesliga hatte nicht sonderlich Mühe, die Friedrichsfelder niederzuhalten. Mit einer feinen geschlossenen Mannschaftsleistung wurden die Gäste ausgespielt. Ihrem famosen Torhüter Brümmer war es zu verdanken, daß die Niederlage nicht höher ausfiel. Mitunter hielten die Gäste die Partie ausgeglichen, mußten sich aber dem technischen Plus der Platzherren bald beugen. Trotz der 4:0-Niederlage bot die Hintermannschaft der Friedrichsfelder eine gute Leistung. Dagegen enttäuschte der Sturm und fand sich nicht zu einer geschlossenen Leistung. Die Platzherren hatten kaum einen schwachen Punkt aufzuweisen, überragend waren Mittelläufer Jennewein und K. Gramminger im Sturm. Nach zeitweiser drückender Überlegenheit fielen durch Preschle, K. Gramminger, Balogh und wiederum K. Gramminger die Tore nach zwingenden Kombinationen.

## Landesliga Südbaden

Blau-Weiß Freiburg — ASV Freiburg 1:1  
 Trotz schlechter Platzverhältnisse zeigten beide Mannschaften in diesem Lokalkriegchen gute Leistungen. Es wäre ein schönes Spiel geworden, wenn der Schiedsrichter Hoffmann aus Offenburg seiner Aufgabe besser gewachsen gewesen wäre. Der Sturm des ASV zeigte immer noch die bisherigen Schwächen und mangelnde Durchschlagskraft vor dem Tor. Infolgedessen gelang es der sehr gut aufgelegten Verteidigung von Blau-Weiß, bis zur Pause das Spiel torlos zu halten. Bereits zwei Minuten nach Seitenwechsel schoß Gräber das Führungstor, aber bereits eine Viertelstunde später konnte Brümmer mit schönem Schuß den Ausgleich erzielen, wobei es dann bis zum Schluß blieb.

## Oberliga Südwest

Worms Wormis	15	14	1	0	54:7	29:1
1. FC Kaisersl.	13	12	0	1	77:11	24:2
TuS Neuendorf	13	10	0	9	42:13	20:6
FK Pirmasens	13	8	1	4	31:20	17:9
Phönix Ludwigsh.	14	8	1	5	36:32	17:11
SpVgg. Andern.	13	7	1	5	35:23	15:11
ASV Landau	13	5	4	4	24:33	14:12
VfL Neustadt	13	5	3	5	28:27	13:13
VfR Kaisersl.	15	6	1	8	34:29	13:17
FSV Mainz 05	13	5	2	6	21:32	12:14
Eintracht Trier	14	4	1	9	25:39	9:19
FV Engers	14	3	3	8	23:51	9:19
ASV Oppau	14	3	2	9	14:40	8:20
FSV Trier-Kürrenz	13	2	3	8	22:39	7:19
SpVgg. Weisenaue	14	0	6	8	23:44	6:22
TfR Kirm	14	2	1	11	15:62	5:23



Das war Waldhofs Führungstor! Torwart Effinger, am Boden liegend, streckt vergeblich die Hand nach dem Ball, Hölzer, durch Stuttgarts Mittelläufer Ledl fast verdeckt, hat das Leder bereits in die Maschen gesetzt

## Der VfR siegt in Mühlburg

VfB Mühlburg — VfR Mannheim 1:2  
 Der deutsche Meister wartete wieder einmal auf eine Leistung auf, die seinem Titel Ehre und vielen Toto-Freunden einen dicken Strich durch die Rechnung machte. Den Ausschlag für den Sieg des VfR gab seine stabile Hintermannschaft, in der besonders die Läuferreihe mit Müller, Maier und dem überragenden Keuerleber die des Gegners, trotz Gärtner, übertraf. Die Mühlburger hatten in der Verteidigung für den immer noch nicht spielfähigen Hauer den Ersatzmann Fischer eingestellt, der nicht ganz mitkam. Das sehr interessante Spiel brachte vor beiden Toren spannende Momente. Der Mittelstürmer des VfR, Löttke, der immer mehr zu seiner früheren Form aufläuft, konnte bereits nach zwanzig Minuten das Führungstor erzielen. Erst kurz vor der Pause kam Mühlburg durch G. r. o. h. s. zum Ausgleichstreffer. In der zweiten Halbzeit entwickelte sich ein überaus dramatisches Ringen um das Siegestor. Zuerst schien Mühlburg das Glück zu winken, als Dannenmaier eine Viertelstunde vor Schluß ein Tor schoß. Der Schiedsrichter gab das Tor jedoch nicht, und 5 Minuten vor Schluß war es dann Isacker, der das Siegestor des VfR erzielte.

Belieben. Lautenschläger rettete für die Bruchsaler lediglich den Ehrenpunkt, während die gut disponierenden Sandhöfer durch Maslack, Götz, Weber, Müller, Ignor, Rupp und Litters ihren zahlenmäßig hohen Erfolg festigten und dadurch sich gleich zeitig revançiert haben.

Hart auf hart ging es auch in Ketsch her, wo die dortige SpVgg dem KSV Kirrlach lediglich einen Punkt abknöpfen konnte. Das dadurch zustandekomme 4:4-Resultat entspricht aber den beiderseits gezeigten Leistungen voll und ganz. K. Martus, Lohr, L. Martus und Heger waren dabei mit drei Fallsiegen und einem Punktstreich erfolgreich, während die einheimischen Ketscher durch Kurz, Huber, Julius Eppel und Werner Rohr es jeweils zu zwei Fall- sowie zwei Punktstiegen brachten.

Die vierte Begegnung zwischen dem Tabellenführer ASV Feudenheim und dem Neuling ASV Heidelberg endete ebenfalls mit einem 7:1-Resultat zugunsten der Feudenheimer. Der Kampf lief aber schon von vornherein unter Protest, da der neutrale Mattenleiter nicht erschienen war. Dadurch wurde diese Begegnung als Freundschaftskampf ausgetragen und nicht in der Tabelle gewertet. Die Heidelberger kamen im übrigen schwer unter die Räder und lediglich der Mittelgewichtler Böhm rettete den Ehrenpunkt mit einem Fallsieg über Moritz. Die Feudenheimer stellten durch Freudenberger, Edelmann, M. Spatz, Ries, E. Spatz, Brunner und Brugger ihren hohen 7:1-Sieg sicher.

## Mannschaftsringen

### Meisterhafter Ringsieg des KSV 1884

Bei den ersten Verbandskämpfen der badischen Oberliga im Mannschaftsringen im neuen Jahre brachte KSV 1884 Mannheim es fertig auf eigener Matte den KSV Wiesental mit 6:2 Punkten zu besiegen. Es war der erste Punktgewinn in dieser Saison für die Mannheim. Die Wiesentaler kamen lediglich durch Grund und Rolli zu zwei Zählern durch Fallsiege, während auf seiten der Mannheimer Hettel, Schnell, Maier, Lang, Hagner und Dabrowski für den 6:2-Erfolg Sorge trugen.

Die „Eiche - Staffel“ aus Sandhofen hatte ebenfalls auf eigener Matte gegen die Bruchsaler Germanen einiges gut zu machen, denn das 4:4-Vorkampfergebnis lag den Männern um Robert Rupp noch schwer im Magen. So aber war diesmal alles auf Draht und die Sandhöfer siegten ganz nach

Die Tabelle hat nun folgenden Stand:

	K.	S.	U.	N.	V.P.	M.P.
ASV Germ. Bruchsal	11	2	1	8	34:54	5
RSC Eiche Sandhof	10	3	1	1	56:24	17
ASV Feudenheim	9	3	0	1	47:25	16
SpVgg 98 Brötzingen	10	7	2	1	50:30	16
SpVgg Ketsch	9	5	1	3	36:36	11
KSV Kirrlach	10	4	2	4	40:40	10
KSV Wiesental	11	4	2	3	42:46	10
ASV Heidelberg	10	3	0	7	34:46	6
ASV Lampertheim	8	1	1	6	26:38	3
KSV 1884 Mannheim	8	1	0	7	19:45	2

## Zitadelle Gernersheim

### Zwölf Jahre Zeitgeschehen um die Zollerkaserne und das große Militärgefängnis

Bearbeitet nach einem Bericht von T. R. Karlsruhe

Es war im Jahre 1941. Gerade hatte die Welt die sogenannten Blitzsiege der Nazis vor ihren Augen abrollen sehen, und in Deutschland war die Stimme der verfolgten, in die Illegalität getriebenen Opposition nur schwach vernnehmbar. „Hitler gelingt alles“, Hitler kennt nur Erfolge“, in diesen Kriegstagen lebte die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes.

In dieser Zeit saßen wir zusammen in der alten, geräumigen Zollerkaserne in Gernersheim, ein Offizier, ein Mitglied der NSDAP und ich — und hörten, jawohl, hörten die internationale. Und zwar nicht leise, geduckt am Radio, sondern in richtiger Zimmerlautstärke.

Wir waren nur ein kleines Häuflein. Aber wir taten unsere Pflicht, Widerstand zu leisten gegen die Barbare des Faschismus, der in Deutschland an die Macht gekommen war und auf dem Wege war, sein blutiges Regime auf die ganze Welt auszubreiten.

Unsere Arbeit erstreckte sich vor allem gerade auf die große Zollerkaserne. Dort wurden die Soldaten auf ihren Einsatz vorbereitet. Dort kam es in erster Linie darauf an, vor ihrem Hinsehen antifaschistische Zellen innerhalb der Armee zu bilden, die im richtigen Augenblick die Initiative ergreifen konnten.

Das Stadtbild von Gernersheim war von je stark von Soldaten beherrscht. Schon in der Rheinzeit war Gernersheim eine der am Rhein liegenden „Vesten“. Klein aber höchst wichtig war die „Burg zu Gernersheim“ als römische Soldatenniederlassung am linken Rheinufer. Gleiche Bedeutung kam dem Städtchen im Jahre 1276 zu, als es zur „freien Reichstadt“ erklärt wurde, wie auch in der ersten großen Erhebung des deutschen Volkes gegen seine Unterdrücker im Bauernkrieg von 1525 und im dreißigjährigen Krieg 1618 bis 1648. Bunt waren die Truppen, die im Laufe der Zeiten die Stadt durchzogen. Da wechselten französische mit österreichischen und kurpfälzischen Armeen, aber immer gaben sie Gernersheim das Gepräge.

Im Hitlerkrieg, der für mich schon im Jahre 1933 begann, wurde Gernersheim bis in die Gegend von Karlsruhe Manövergelände. Zu Fuß, per Rad, per Bahn und sogar im Gefängnis habe ich die Strecke oft durchgezogen. Ich kannte das Gelände und die wechselnden Einheiten.

Das also waren unsere Voraussetzungen. Ich selbst hatte schon Erfahrungen für unsere Arbeit im ersten Weltkrieg sammeln können. Selbstverständlich, daß ich die Agitation in der Kaserne, die damals wie in der Hitlerzeit genau so wichtig war, sofort wieder aufnahm. „Und wenn die Welt voll Teufel wär und wöllt“ uns gar verschlingen, so fürchten wir uns nicht so sehr, es muß uns doch gelingen.“ So deklamierte einst unsere greise Vorkämpferin Klara Zeitkin auf dem illegalen Durlacher Parteitag in dem Moment, als wir alle für verhaftet erklärt wurden. Oft während der zwölf Jahre Nazizeit mußte ich an sie denken. Ja, daß die Welt voll Teufel und Denunzianten war von 1933 an, sah ich alle Tage in der Fabrik. Aber „Trotz alledem“, das stolze Wort von Karl Liebknecht, wir haben es nie vergessen. Nun gerade erst recht — gegen den Strom!

In der Kaserne, sowohl bei Verwandten und bekannten Soldaten, wie auch in Privatwohnungen, fand sich manch williges Ohr. Nie hatte der deutsche Faschismus ganz das deutsche Volk irreführen und täuschen können, nie waren die Traditionen einer einst stolzen deutschen Arbeiterbewegung ganz versiegt, nie die Freiheitssehnsucht unserer Vorfahren, die im Bauernkrieg und 1848/49 gerade bei uns so stark zum Durchbruch kam, nie vor allem Menschlichkeit und Friedenswille.

So sind wird manchesmal zusammengesessen, bis spät nach Mitternacht, und haben das alles besprochen, was laut zu erwägen verboten war. Oft benützte ich ein gemütliches Beisammensein, um Dinge zu erfahren, die außerhalb der Kaserne sonst niemand erfuhr. Wie wichtig waren jedoch diese Informationen für den Einsatz unserer Agitation!

So lernte ich auch Hitlergeist und Menschengeulerei zur Genüge kennen. In dem großen Gernersheimer Gefängnis lagen dauernd durchschnittlich 2000 deutsche Soldaten während der ganzen zwölf Jahre Gefangen. Zwar hatte ich den Quälgeist auch schon 1915 und 1921 am eigenen Leibe kennen gelernt, aber die Nazis haben ihn systematisch gezüchtet und ausgebildet.

Das Gernersheimer Gefängnis ist eines der größten Militärgefängnisse in Deutschland. In seinem Keller barg es während der letzten Jahre ständig 45 Todeskandidaten, die bei erbärmlicher Hungerkost vom Tageslicht abgeschnitten waren. Oft genug hörte ich in der Kantine der Zollerkaserne brutale Unteroffiziere prahlen mit ihren Heldentaten, die sie an wehrlosen Gefangenen verübt hatten.

An einem Herbstmorgen 1944 sah ich, wie eine 120 Mann starke Gefangenkolonne in Achterreihen aus dem Gefängnis marschierte. Auf dem Exerzierplatz angekommen, mußten die Gefangenen in geschlossenen Reihen unterbrochen 20 Minuten im Laufschrift marschieren. In der letzten Reihe wurde ein Asthmaleidender von fünf Mann mitgeschleppt, bis er vor Erschöpfung zusammenbrach.

Da befahl der kommandierende Unteroffizier allen Zuschauern wegzugehen. Auf einmal stand ich allein da. Ein Unteroffizier hatte die Macht, eine ganze Zuschauermenge mit einem Wörtchen zu vertreiben. Leider konnte ich aber auch nicht mehr feststellen, ob der Kranke ins Gefängnis zurückgebracht wurde.

Auf dem Friedhof in Gernersheim ruhen in einer Ecke 27 erschossene Soldaten — darunter zwei russische Kampfgesossen — unter schwarzen Holzkreuzen. Auch ein General war eines Tages darunter. Man sagte, daß er den Mut gehabt hatte, gegen den Befehl Hitlers 40 000 deutsche Soldaten vor sinnlosem Tod auf der Krim zu bewahren. Zwei Jahre war er in Gernersheim gefangen, bis nach dem Attentat des 20. Juli sein Todesurteil kam. Auf seinem Kreuz stand „Hans Graf v. Sponneck“. Seiner Frau wurde verboten, Blumen

auf sein Grab zu legen. Mit Efeu zierten wir sein Grab, trotz und ohne Erlaubnis der Meuchelmörder.

Die Agitation gegen das herrschende Regime war bei einzelnen Soldaten leichter, als man im allgemeinen annahm. Aber eine genaue Kenntnis der Leute war unerlässlich. Flugblätter, selbst geschrieben und manchmal auch gedruckt, verteilten wir manches Mal in- und außerhalb der Kaserne am hellen Tag, die meisten aber, wenn die Nacht uns sicherte. Groß war die Genugtuung, als im April 1945 das barbarische Regime unter den Granaten der Franzosen zusammenbrach und die Barrikaden der Nazis am Mühlburger Tor in Karlsruhe wie Kinderspielzeug zusammenbrachen. In Gernersheim ertönte in jenen Stunden bereits die Marseillaise, das große Freiheitslied des französischen Volkes, und das große Schandmal des deutschen Volkes, das Gefängnis, war leer.

Wer ahnte damals, daß wir heute, fünf Jahre danach, immer noch für den Frieden und gegen den wiedererstarkten Faschismus kämpfen müssen, und zwar gegen die herrschende Schicht der Völker, die uns damals befreiten? Aber wir wissen, das französische, das englische, das amerikanische Volk sind mit uns eins. Sie führen den gleichen Kampf. Aber die, die sich zu den Herren der Welt machen möchten, wollen die Welt in ein neues Völkermorden stürzen. Wir wissen aber auch, und das felsenfest, daß wir den Sieg davon tragen werden und daß diese zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts nur ein sein kann: der Triumph des Sozialismus in der ganzen Welt! Dann wird auch Friede einkehren auf Erden, und nie mehr erhebt sich eine Zwingburg in Gernersheim!

## Kulturelle Umschau

### Fernsehsender auf dem Jungfraujoch

Ultraschallwellen, wie man sie beim Fernsehen und auch bei der drahtlosen Übertragung von Ferngesprächen verwendet, folgen bekanntlich der „optischen Sicht“, das heißt, sie pflanzen sich, ähnlich wie das Licht, gradlinig fort. Sie laufen, also nicht um die Erd-

krümmung herum oder durch Berge hindurch, werden auch nicht von bestimmten Luftschichten reflektiert. Wenn man also solche Wellen über größere Strecken weiterleiten will, muß man auf hohen Bergen immer wieder innerhalb Sichtweite Übertragungsstationen errichten.

Die Schweiz hat nun begonnen, eine solche Station auf dem Jungfraujoch zu bauen. Diese Station soll, wenn sie fertig ist, in Sichtlinie bis zum Monte Generoso bei Lugano senden können. Wenn noch weitere Zwischenstationen in Frankreich und Italien fertiggestellt sind, hofft man eine direkte Ultraschallwellenverbindung von London und Paris über das Jungfraujoch nach Rom zustande zu bringen.

### Das rasende Elektron

Neuere Forschungen haben gefunden, daß die Elektronen — die kleinsten Teilchen der negativen Elektrizität — die Atomkerne der Elemente nicht etwa gemächlich „umkreisen“, wie man sich das manchmal vorstellt, sondern sie in einem für uns unvorstellbaren Tempo umwirbeln, umrasen. In einer Millionstel Sekunde umläuft ein Elektron den Atomkern mehr als 6000 Billionen mal!

### Die Erde — ein „blauer“ Planet

Wenn man die Fixsterne und auch die Planeten im Fernrohr betrachtet, so hat jeder von ihnen einen charakteristischen Farbton. Mars leuchtet zum Beispiel rötlich, Uranus grünlich. In welcher Farbe würde die Erde — etwa von einem anderen Planeten aus gesehen — leuchten? Durch Untersuchung des von der Mond-scheibe reflektierten Erdlichtes hat man gefunden, daß die Erde in einem bläulichen Ton leuchtet.

### Woher rührt die Erdwärme?

Man hatte früher als selbstverständlich angenommen, daß die nach unten zunehmende Temperatur unserer Erdruste, die sich in der sogenannten „geothermischen Tiefenstufe“ äußert, ausschließlich von dem glühflüssigen Erdinneren herkomme, also gleichsam ein Ueberrest des früheren feuerflüssigen Zustandes der Erde sei. Nach neueren Anschauungen scheint aber die Wärme der Erdruste mehr durch radioaktiven Zerfall bestimmter Elemente verursacht zu werden.